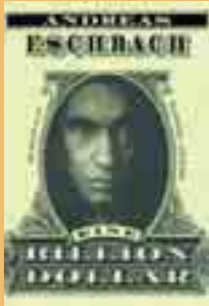




Andreas Eschbach:  
**Eine Billion Dollar**



John Salvatore Fontaneli, Sohn eines armen New Yorker Schuhmachers italienischer Abstammung, erbt unerwartet ein Vermögen, das ein entfernter Vorfahr, ein florentinischer Kaufmann, im 16. Jahrhundert hinterlassen hat – ein Vermögen, das in fast 500 Jahren auf über eine Billion Dollar angewachsen ist!

Raten Sie mal, wodurch... Der Erbe dieses Vermögens, verheißt das Testament, werde einst der Menschheit die verlorene Zukunft wiedergeben. Nur wie?

Roman, Bastei Lübbe Verlag, 887 Seiten  
Taschenbuch 9.95 €, Hardcover 23 €

Jürgen Probst:  
**Perspektiven fließenden Geldes  
Ein Spaziergang durch unser  
Währungssystem**



Sehr gut lesbar stellt Jürgen Probst unser problematisches Währungssystem und Lösungsperspektiven vor. Mit erfrischender Leichtigkeit hat sich der selbständige Handwerker und Unternehmer dieses anspruchsvollen und bedeutungsvollen Thema vorgenommen. Dabei weist der Autor deutlich darauf hin, dass er nur ein Appetithäppchen liefern kann.

Der wirkliche Hunger wird durch die weitere Beschäftigung mit diesem wichtigen Thema gestillt. Und genau dazu regt diese kostengünstige INWO-Broschüre an.

INWO 2006, 72 Seiten, 3.50 €

Sylvia Führer:  
**Die Münze Nuria**



Dieser einzigartige Märchenroman für Menschen ab 8 Jahre vermittelt aus einer völlig neuen Perspektive den spannenden und verantwortungsvollen Umgang mit Geld. Spielerisch werden die Leser mit der Funktion des Tauschmittels vertraut gemacht. Zahlreiche farbenfrohe Illustrationen von Fabienne Rieger machen die Erzählung zu einem anregenden Familienvergnügen.

Froh & Frei Verlag 2007, 111 Seiten, 14.90 €

Film-DVD:  
**Der Geist des Geldes**



Filmemacher Yorick Niess hat eine aufrüttelnde Dokumentation über die Erfindung Geld und ihre Folgen für die Menschheit gedreht. Über ein Jahr lang hat er das Geld erforscht und aktuelle Trends gesammelt. 3000 Jahre Geschichte im Zeitraffer, namhafte Experten und faktenreiche Kritik an den Auswirkungen werfen zahlreiche spannende Fragen auf und zeigen, dass Geld mehr ist, als es zu sein scheint.

Spieldauer 85 Min., Bonusmaterial 40 Min., PAL, Dolby Stereo, Deutsch/Englisch, Walter Entertainment, Deutschland 2007, 15 € (INWO-Mitglieder: 10 €)

Hörbuch von Helmut Creutz:  
**Die 29 Irrtümer rund ums Geld**



Wir werden in Sachen Geld leider als Analphabeten aus der Schule entlassen. Und selbst im „richtigen Leben“ ist das Thema Geld für viele ein blinder Fleck. Aber was ist das eigentlich, dieses „Geld“? Unser allgemeines Wissen über Geld ist immer noch mit grundsätzlichen Fehlvorstellungen, Vorurteilen und Irrtümern behaftet, von denen die wichtigsten in diesem Hörbuch behandelt werden.

8 Audio-CDs + 1 Bonus-CD im MP3-Format + 64-seitiges Booklet mit ausführlichen Grafiken und Tabellen, Laufzeit ca. 9:15 Std., Technisat RADIOROPA Hörbuch 2006, 19.90 €

Hörbuch von Klaus Popp:  
**Das Märchen vom guten Zins**



Nie zuvor gab es so viel Wohlstand zu verteilen. Dennoch verursachen Wirtschaftskrisen zunehmend Angst, Verunsicherung und Not. Die bekannten Lösungsvorschläge sind voller Widersprüche. Klaus Popp löst den Knoten der Ratlosigkeit auf. Der Zins macht Reiche reicher und Arme zahlreicher. Er ist die Wachstumspeitsche, die uns nicht zur Ruhe kommen lässt. Wer diesen Mechanismus versteht, gewinnt die Zuversicht, dass wir etwas daran ändern können.

4 Audio-CDs + 16-seitiges Booklet mit Grafiken  
Laufzeit ca. 5:06 Stunden, RADIOROPA Hörbuch 2007, 19.80 €

# FAIRCONOMY

für eine Welt mit Zukunft



## Ohne Gerechtigkeit kein Friede

- Für ein Klima der Gerechtigkeit
- Gerechter Lohn für alle?
- Wie Geld verbindet

Weitere Angebote finden Sie unter <http://www.INWO.de/Shop>.  
Versandkostenfreie Lieferung in Deutschland ab nur 10 Euro Bestellwert!



## Liebe Leserinnen und Leser,

das Titelbild zeigt Kinder im größten Flüchtlingslager Thailands. Ihre Eltern flohen aus dem Grenzgebiet von Myanmar (ehemals Burma). Dort leben die Karen, eine vom burmesischen Staat unterdrückte ethnische Minderheit, seit 60 Jahren im Bürgerkriegszustand. Ganz Myanmar ist ein Krisenherd, von dem die Weltpresse nur Notiz nimmt, wenn die Militärregierung

wie unlängst gewalt-sam gegen Bürger und buddhistische Mönche vorgeht, die mehr Freiheit und Menschenrechte einfordern.

Überall auf der Welt ist der Frieden bedroht und bei näherem Hinsehen sind ungerechte

Zustände die Ursache. Herrscher und ihre Klüngel versuchen, das Volk zu ihren Gunsten auszubeuten. Wenn im eigenen Land die allgemeine Verarmung sichtbar wird, gelingt es ihnen nicht selten, die Bevölkerung gegen Minderheiten oder Nachbarn aufzuhetzen.

In diesen Kriegen geht es dann um Landbesitz und Bodenschätze wie Öl, auch wenn oft andere Gründe vorgeschützt werden. Wegen der zunehmenden Umwelt- und klimabedingten Katastrophen wird vorausgesagt, dass sauberes Wasser und heile Natur die Ressourcen sind, um die in Zukunft auch Krieg geführt wird. Das sind auch für uns trübe Aussichten, wenn es nicht gelingt, weltweit ein Klima der Gerechtigkeit zu schaffen, denn: ohne Gerechtigkeit kein Friede.

Nach einer aktuellen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung besitzen die reichsten 10% der deutschen Bevölkerung fast 60% des gesamten Vermögens,

dagegen gehört der unteren Hälfte fast nichts. Die soziale Kluft in Deutschland wächst weiter und für den Klimaschutz sollen jetzt alle, arm und reich, zur Kasse gebeten werden. Auf dieser Basis ist selbst bei uns wohl kaum ein Klima der Gerechtigkeit zu schaffen.

Die Studie des DIW bestätigt, was wir in dieser Zeitschrift wiederholt angesprochen haben. Das Problem ist, dass die Vermögenden ohne Anstrengung immer reicher werden, weil im Kapitalismus das Kapital vorrangig bedient werden muss, und zwar von uns allen. In den Warenpreisen sind die Kapitalkosten enthalten, die dann als Zinsen auf den Konten der Geldgeber landen. Gerecht wäre es aber, wenn die, die wenig oder nichts haben, nicht länger für die, die viel haben, zahlen müssten.

Gerecht wäre darüber hinaus auch, wenn die, die viele Ressourcen verbrauchen, und das sind meist die Reichen, auch viel dafür bezahlen müssen. Diese Einnahmen könnten an die zurückverteilt werden, die nichts oder ganz wenig verbrauchen. So funktioniert das „ressourcengestützte Grundeinkommen“, für das sich die INWO stark macht.

Das von uns entworfene Wirtschaftsmodell eignet sich für die ganze Welt. Auf dem gesamten Globus leiden besonders Kinder durch Krieg, Armut und Umwelterstörung – die Auswüchse des Kapitalismus. Das wollen wir beseitigen. Unterstützen Sie uns dabei!

Schöne Feiertage und ein gutes Neues Jahr wünscht im Namen des Redaktionsteams

Wera Wendnagel

## Inhalt

- 3 Für ein Klima der Gerechtigkeit
- 5 Gerechter Lohn für alle?
- 6 Ein zinsbasiertes Finanzsystem ist volkswirtschaftlich falsch
- 8 Pressespiegel und Termine
- 9 Der Geist des Geldes
- 10 INWO Deutschland
- 13 INWO Schweiz
- 15 1. FAIRCONOMY-Schreibwettbewerb
- 16 Der Asterix aus dem Schwabenland
- 18 „Der Gerechtigkeit Frucht wird Friede sein“
- 21 Die Münze Nuria – oder: Wie Geld verbindet

## Impressum

FAIRCONOMY 3. Jahrgang, Nr. 4 Dezember 2007, ISSN 1860-9694

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

### Redaktion

Jens Hakenes (V.i.S.d.P.), Wera Wendnagel, Beate Bocking, Anne Gensior, Roland Stebler, E-Mail: Redaktion@INWO.de

### Abo-E-Mail

Versand@INWO.de

### Auflage

2.500 Exemplare; davon 1.250 als „r-evolution“ (INWO-CH)

### Bildnachweis

Titelseite: Wikimedia.org/Mikhail Esteves, Zeichnungen: Eugen Kment | eugenartig.com, INWO-Materialien: SMARTI-d – Andreas Franke, Autoren- und Produktfotos: privat und Verlage, 5: Helmut Creutz, 7: RheinAhrCampus/Jürgen Kremer, 9: Walter Entertainment/Yorick Niess, 10/11: Erich und Peter Lange, 10/11: Birgit Rau, 12: Tanja Rathgeber, 13: wikipedia.org/Montage: Umbach Grafik & Mediendesign, Münster, 16/17: Theophil Wonneberger, 18: Archiv für Geld- und Bodenreform, Oldenburg, 19: Synergia-Verlag – <http://www.synergia-verlag.de>, 20: Ruth Binde-Schwarz, 21: Illustration von Fabienne Rieger, 22: Sylvia Führer, 23: Helmut Rau.

### Layout

Umbach Grafik & Mediendesign, Münster

### Druck u. Versand

Druckhaus Klingenuß GmbH, Münster

### Herausgeberin

INWO Deutschland e.V., Blasiusstraße 63, 40221 Düsseldorf, Telefon: +49 211 304105, E-Mail: INWO@INWO.de, <http://www.INWO.de>, Konto 6010451400, GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum (43060967), IBAN: DE 32430609676010451400, BIC: GENO DE M 1 GLS

Die FAIRCONOMY ist die Zeitschrift der INWO (Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V.). Mit dieser Zeitschrift machen wir auf unsere Idee der FAIRCONOMY aufmerksam. FAIRCONOMY steht für eine Welt mit Zukunft. Sie schafft die Grundlage für eine nachhaltige, stabile und gerechte Marktwirtschaft ohne kapitalistische Auswüchse. Voraussetzung für die

FAIRCONOMY ist eine Geld- und Bodenreform. Sie sorgt dafür, dass die Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden kann. Mit der FAIRCONOMY gehört die Umverteilung von unten nach oben der Vergangenheit an. Sie ermöglicht Wohlstand für alle, Chancengleichheit und Frieden.

# Für ein Klima der Gerechtigkeit

Ein Umweltthema hat es nach ganz oben geschafft: Alle Politiker fordern jetzt Klimaschutz. Nach wie vor fordern aber auch alle Politiker Wirtschaftswachstum. Das ökologisch-ökonomische Dilemma ist noch nicht gelöst. Wollen wir die Umwelt wirklich schützen, brauchen wir vor allem ein Klima der Gerechtigkeit.

Bundeskanzlerin Angela Merkel beweist Mut: Bis zum Jahr 2050 will sie die Kohlendioxidemissionen in Deutschland um mehr als 80% senken. Das ist ein löbliches, aber auch mehr als ehrgeiziges Ziel. Wie es in einer wachstumsfixierten Wirtschaft erreicht werden soll, darüber hat sich Frau Merkel bislang nicht geäußert. Es sei aber eine „Kernfrage der künftigen Politik“, wie sich Wirtschaftswachstum und Wohlstand steigern, die Treibhausgas-Emissionen aber gleichzeitig reduzieren ließen, so die Bundeskanzlerin ein paar Tage zuvor an anderer Stelle. Man möchte einwenden:

**„Natürlich wäre eine drastische Entkopplung von Ressourcenverbrauch und Wirtschaftswachstum wünschenswert. Ob dies möglich ist, bleibt jedoch zweifelhaft. Eher erreichbar erscheint eine Entkopplung von Wohlstand und Wirtschaftswachstum.“**

Von Politikern werden Wohlstand und wirtschaftliches Wachstum in der Regel als siamesische Zwillinge betrachtet, die nicht getrennt werden können oder dürfen. Da es in einer endlichen Welt jedoch kein unendliches Wachstum geben kann und bereits eine bescheidene Wachstumsrate von 3% eine Vertausendfachung der Wirtschaftsleistung in nur 235 Jahren zur Folge haben muss, sollten auch Politiker verstärkt über die Schaffung angemessenen Wohlstands für alle Menschen *ohne* permanentes weltweites Wachstum nachdenken.

Dabei sollte allerdings die Möglichkeit weiteren Wirtschaftswachstums in Entwicklungs- und Schwellenländern nicht ausgeschlossen sein. In den Industrieländern hingegen lassen sich die von Frau Merkel und anderen anvisierten Klimaziele jedoch mit hoher Wahrscheinlichkeit

nur durch eine Schrumpfung der Wirtschaftsleistung erreichen.

## Wachstumskritik wieder aktuell

So hat sich denn auch der frischgebackene Bremer Umweltsenator Reinhard Loske (Bündnis 90/Die Grünen) mit einem bedenkenswerten wachstumskritischen Aufsatz in der Wochenzeitung FREITAG vom 24.08.2007 eindrucksvoll zu Wort gemeldet. Loske gehörte ab 1998 dem Bundestag an, war als ausgewiesener Klima-Experte umweltpolitischer Sprecher der Grünen und amtierte von 2002 bis 2006 als stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Bei seinem Text handelt es sich um einen gekürzten Vorabdruck aus dem Jahrbuch Ökologie 2008.

Angesichts der sich weltweit weiter verschärfenden ökologischen Krisensituation gehe es, so Loske, nicht etwa „um Wachstumsbegrenzung oder Nullwachstum, sondern





## Wachstumswang erklären

Halt, möchte man hier rufen, hatte nicht Loske selbst als Projektleiter für internationale Klimapolitik an dieser Studie mitgearbeitet? Hatte die Studie nicht gefordert, den Ressourcenverbrauch und Kohlendioxid-Ausstoß bis zum Jahr 2050 um 80% zu reduzieren? Doch wie dieses Reduktionsziel in einem zum Wachstum geradezu verdamnten Wirtschaftssystem erreicht werden sollte, darüber schwieg sich die Studie aus. Waren die Auftraggeber, der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und die katholische Organisation Misereor, an einer Beantwortung dieser entscheidenden Frage nach der Ursache des Wachstumswangs überhaupt interessiert? Auch Ernst-Ulrich von Weizsäcker, der damalige Leiter des Wuppertal Instituts, formulierte zwar mutig die Vision einer Verdoppelung des Wohlstands bei halbiertem Naturverbrauch („Faktor Vier“), aber einen tatsächlichen Ausweg aus dem ökologisch-ökonomischen Dilemma hatte er nicht anzubieten.

einer wachstumsneutralen ökologisch-sozialen Wirtschaftsordnung ist die Politik zum Glück bei der Erstellung notwendiger Spielregeln im Umgang mit knappen Ressourcen. So kann man mit einiger Befriedigung registrieren, dass inzwischen eine ganze Reihe von Politikern, darunter auch die deutsche Bundeskanzlerin sowie der schon erwähnte Ernst-Ulrich von Weizsäcker, gleiche Emissionsrechte für alle Erdenbürger fordert. Das Kyoto-Protokoll hatte die Masse der Nutzungsrechte an der Atmosphäre noch an die Hauptverschmutzer verteilt. Weithin setzt sich die Einsicht durch, dass Ressourcennutzung und -verbrauch künftig erheblich verteuert werden müssen, um einen (Klima-)Kollaps zu vermeiden.

**„Um sozial schwache Bevölkerungskreise nicht von der Ressourcennutzung auszuschließen, sollte das Einkommen an Klima- und Ökosteuern jedweder Art in gleichen Teilen pro Kopf der (Welt-) Bevölkerung rückverteilt werden.“**

Damit wäre eine kostenfreie Durchschnittsnutzung für jeden Menschen sichergestellt. Die Rückerstattung – beispielsweise in Form eines jährlichen Schecks vom Finanzamt – würde nämlich die Kosten einer durchschnittlichen Ressourcenanspruchnahme gerade ausgleichen. Wer sparsam mit Ressourcen umginge, bekäme sogar noch Geld heraus, während Großverbraucher kräftig zur Kasse gebeten würden.

Ein regelmäßig eintreffender Scheck würde viel mehr Begeisterung und Akzeptanz für die Klima- und Ökosteuer hervorrufen: Mit jeder Ökosteuer-Erhöhung würde nicht nur die Klimaschutzwirkung, sondern auch die Rückerstattung wachsen! Bevölkerungsreichen Ländern würden besonders hohe Rückerstattungen zufließen, allerdings nur bei ökologisch vernünftigem Verhalten. Damit würde für China, Indien und andere Länder der Anreiz wachsen, sich ein flächendeckendes öffentliches Nahverkehrsnetz zuzulegen. Die Gefahr weiterer dramatischer Zunahmen des motorisierten Individualverkehrs wäre dadurch wesentlich geringer.

## Ökobonus nur noch Frage der Zeit

Durch die geschilderten Maßnahmen wäre somit eine Art „Ressourcengestütztes Grundeinkommen“ (Alwine Schreiber-Martens) geschaffen. Getrennt betrachtet werden, so Bernward Janzing am 12.01.2007 in der „taz“, nämlich sowohl ein über Mehrwertsteuererhöhungen finanziertes bedingungsloses

Umweltpolitische Instrumente müssen immer auch in Richtung Gleichheit und Selbstbestimmung weisen – sonst sind sie nicht durchsetzbar. Ein Konzept dafür wäre etwa eine Ökosteuer mit Ökobonus: Das Ökosteuer-Aufkommen wird gleichmäßig pro Kopf wieder direkt an die Bevölkerung zurückgezahlt. Ärmere Schichten würden ein Plus haben, weil sie weniger als der Durchschnitt an Rohstoffen oder Flächen verbrauchen.

In einem solchen Modell wäre es kein Problem, die Ökosteuer weiter zu erhöhen, würde sie dadurch doch noch sozialer. Solche Vorschläge werden sich nicht im Konsens durchsetzen lassen. Aber wie sonst kann eine moderne Gesellschaft ihr Problem der knappen Ressourcen und des Klimawandels lösen, wenn sie nicht gleichzeitig mehr Gleichheit und Selbstbestimmung ermöglicht?

**Ulrich Schachtschneider**, Ingenieur für Energietechnik und promovierter Sozialwissenschaftler, Referent im Attac-Netzwerk, Mitglied des Arbeitskreises Nachhaltigkeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung („taz“, 19.06.2007, S. 12)

Grundeinkommen à la Götz Werner als auch eine wirksame Ökosteuer vermutlich Fiktion bleiben. Das Mehrwertsteuergespeiste Grundeinkommen allein ist laut Janzing unfinanzierbar, während die Ökosteuer ohne die Ausschüttungen (sprich: Rückverteilung an die Bürger) an Akzeptanzproblemen scheitern wird. Beide Instrumente zusammen jedoch sind ideale Partner.

Von einigen Politikern wird diese Konstruktion als „Ökobonus“ bezeichnet. Auch die Bündnisgrünen Reinhard Loske und Reinhard Bütikofer haben sich unter anderem in „taz“, ZEIT und Frankfurter Rundschau bzw. in der Stuttgarter Zeitung für diese, ursprünglich vor allem vom Seminar für freiheitliche Ordnung in Bad Boll propagierte, Konstruktion ausgesprochen. Man darf gespannt sein, wie der Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen im November über diese Angelegenheit entscheidet. Wie auch immer: Die Zahl der Unterstützer des Klimaschutz und sozialen Ausgleich versprechenden Ökobonus wächst, so dass die segensreiche Verwirklichung dieser Idee vermutlich nur noch eine Frage der Zeit sein dürfte.



**Frank Bohner** aus Stuttgart ist Berufsschullehrer und Referent für Fragen der Geld- und Bodenordnung.

# Gerechter Lohn für alle? Der wahre Netto-Lohn-Skandal

Die Kaufkraft eines Arbeitnehmers ist in Deutschland in den letzten 15 Jahren real um 5% gesunken. Boulevard-Blätter nahmen die Zahlen zum Anlass, einen „Netto-Lohn-Skandal“ auszurufen. Schuld daran seien die Gier des Staates, der Geiz der Unternehmen und die Inflation. Helmut Creutz macht auf einen größeren Zusammenhang aufmerksam.

Wenn ein Kuchen größer wird, erwarten alle Beteiligten mit Recht ein entsprechend größeres Stück. Wie die neuesten Zahlen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und der Bundesbank zeigen, gilt dies allerdings nicht für den „Kuchen“ Sozialprodukt, der von 1991 bis 2006 nominell von 1.535 auf 2.309 Milliarden Euro und damit um 50% vergrößert wurde. Denn die Bruttolöhne nahmen an diesem Wachstum nur mit 34% teil und die Nettolöhne sogar nur mit 26%. Konkret heißt das: Die Nettolöhne und damit die Kaufkraft der Arbeitleistenden nahm nur halb so stark zu wie die Menge der von ihnen produzierten Güter. Kein Wunder, dass sie nicht in der Lage waren und sind, den Markt zu räumen. Und das wirft man ihnen dann auch noch als „mangelnde Kaufkraft“ vor!

## Rasant wachsende Einkommen aus Vermögen...

Ursache dieses Zukurzkommens der Löhne sind einmal die um 74% gestiegenen „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“, in denen vor allem die Verzinsungen des Eigenkapitals zu Buche schlagen. Noch wesentlich deutlicher nahmen aber in den 15 Jahren die Geldvermögen in Deutsch-

land und damit auch die daraus resultierenden Einkommen zu, die hier – mangels statistischer Zahlen – mit rund fünf Prozent des Geldvermögensbestandes angesetzt wurden: Mit 141% stiegen die Geldvermögen fast drei Mal mehr an als die Wirtschaftsleistung und gut fünf Mal mehr als die Nettolöhne!

## ... bedeuten eine Belastung der gesamten Wirtschaft

Nimmt man einmal an, diese Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Geldvermögen wären nominell „nur“ im Gleichschritt mit der Wirtschaftsleistung um 50% angestiegen, dann hätte sich eine rechnerische Entlastung unserer Volkswirtschaft in Höhe von mehr als 200 Milliarden Euro ergeben. Dieser Betrag hätte nicht nur dazu gereicht, die Bruttolohn-Einkommen in voller Höhe der Wirtschaftsleistung anzupassen, es wären auch noch erhebliche Beträge zur Entlastung des Sozialertrags und für den Abbau der Staatsverschuldung übrig geblieben!

Bei einer gerechten Verteilung des Leistungskuchens hätten also weder die Arbeitslosen, noch die Hartz-IV-Empfänger oder Lohnkürzungen zunehmen müssen und die Löcher in

den öffentlichen Kassen wären kein Thema mehr gewesen.

Wenn nun die Gewerkschaften einen Anstieg der Bruttolöhne fordern, damit – wie es der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Michael Sommer, formulierte – die Menschen einen

„gerechten Anteil am erwirtschafteten Einkommen bekommen“, müssen sie endlich verstehen lernen, dass die immer rascher wachsenden Vermögen und Vermögensansprüche ihren Forderungen zuwiderlaufen.

## Was ist zu tun?

Zu überwinden ist die ungerechte Verteilung nur, wenn die Geldvermögen (und damit auch die Schulden!) zumindest nicht mehr schneller wachsen als das BIP. Die dafür erforderliche Abbremsung ihres Überwachstums würde sich gewissermaßen automatisch ergeben, wenn die Zinssätze, die der Knappheitspreis des Geldes sind, genau so wie die Knappheitspreise auf den Gütermärkten mit den Sättigungen der Märkte gegen Null sinken. Das wäre zu erreichen, in dem man den heute bereits bestehenden Annahmepressur des Geldes durch einen Weitergabepressur ergänzt. Denn damit würde die heutige Möglichkeit der Geldbesitzer, liquide Geldmittel bei sinkenden Zinsen zurück und damit künstlich knapp zu halten, weitgehend eingeschränkt.



**Helmut Creutz**, Jahrgang 1923, lebt in Aachen und ist Wirtschaftsanalytiker und Autor mehrerer Bücher, unter anderem des Standardwerks „Das Geld-Syndrom. Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft“ (2001). Im Jahr 2004 sind „Die 29 Irrtümer rund ums Geld“ erschienen. Beide Bücher sind auch als Hörbücher bei der INWO erhältlich.



Standpunkt 3 „Ein Grundeinkommen für alle – aus Abgaben für die Nutzung der Naturressourcen“, vier DIN A4-Seiten, schwarz-weiß, Einzelpreis: 0,50 €, 10 Stück inkl. Porto: 4 €

Jedenfalls ist es umso erfreulicher, dass sich mit Reinhard Loske ein bekannter und etablierter Politiker als Wachstumskritiker outet. Da weder der ökologische noch der ökonomisch-soziale Kollaps politisch angestrebt bzw. in Kauf genommen werden darf, kommt Loske zu dem Schluss, es müsse einen dritten Weg geben, der beides vermeide. Den zu suchen, sei aller Mühen wert. Immerhin bleibt nicht mehr viel Zeit, die Klimakatastrophe abzuwenden.

## Ressourcengerechtigkeit herstellen

Erheblich weiter gekommen als bei der Formulierung von notwendigen Rahmenbedingungen



# Ein zinsbasiertes Finanzsystem ist volkswirtschaftlich falsch

Die Standard-Volkswirtschaftslehre beruht auf Voraussetzungen, die zum Teil unrealistisch und sogar fehlerhaft sind. Dies machen neuere wissenschaftliche Erkenntnisse deutlich. Wir brauchen alternative Theorien, die die ökonomische Wirklichkeit erklären helfen. Einen Beitrag hierzu will die Dynamische Analyse leisten.

Bildet die gegenwärtige Volkswirtschaftslehre eine brauchbare Grundlage für die Analyse und für die Prognose wirtschaftlicher Entwicklungen? Steve Keen, Professor an der School of Economics and Finance der University of Western Sydney, bestreitet dies entschieden. Ein schwerwiegender Einwand von Keen richtet sich gegen eines der Fundamente der Volkswirtschaftslehre, die Theorie des Unternehmens, deren Ableitung er als mathematisch fehlerhaft nachweist.

## Volkswirtschaftslehre in der Krise

Bemerkenswert ist nicht nur, dass eine grundlegende Theorie, die an praktisch jeder Hochschule gelehrt und die in jedem Volkswirtschaftslehrbuch dargestellt wird, in sich nicht widerspruchsfrei ist. Es ist insbesondere bemerkenswert, dass der Wirtschaftsnobelpreisträger George Stigler vor 50 Jahren in einer ökonomischen Fachzeitschrift auf die Wurzel dieses Fehlers aufmerksam machte, ohne dass dies einen Einfluss auf die Theorie und ihre Darstellung gehabt hätte. Ein weiterer Einwand gegen die Standard-Volkswirtschaftslehre bezieht sich auf ihre Methodik.

Die grundlegenden Analysen sind stets komparativ-statisch, und die zeitliche Dynamik volkswirtschaftlicher Größen, wie etwa Bruttoinlandsprodukt, Vermögen, Ersparnisse, Zinsen, Verschuldung usw., wird im Rahmen der Standard-Mikro- und -Makroökonomik vollständig ausgeblendet.

## Fehlender Bezug zur Wirklichkeit

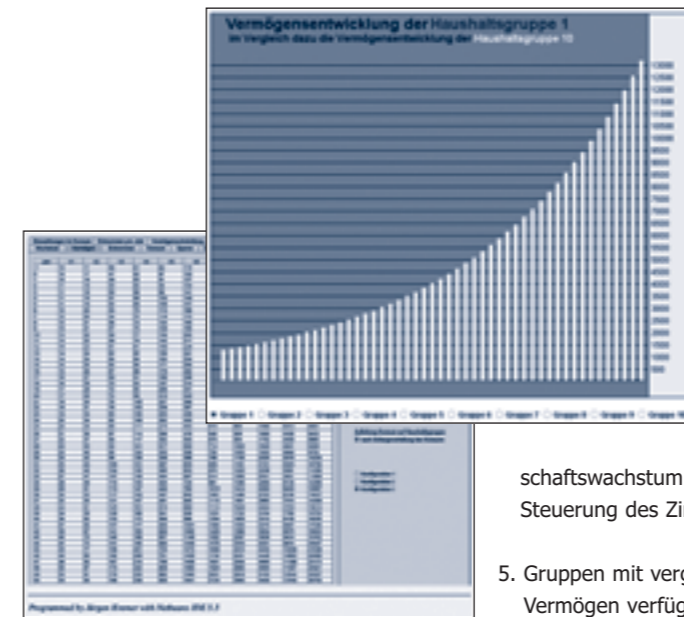
Ein anderer Kritikpunkt von erheblicher Bedeutung ist der fast vollständig fehlende Bezug zu realen Daten. In Wissenschaften, wie etwa in der Physik, werden Theorien anhand empirischer Daten geprüft und anschließend gegebenenfalls modifiziert oder verworfen. In Volkswirtschaftslehrbüchern dagegen werden Spielzeugbeispiele, wie der „Eisverkäufer Joe“ oder die „Molkerei Moritz Müller“, mit fiktiven Daten zur Veranschaulichung der aufgestellten Theorien angeführt. Es findet aber kein Bezug auf und kein Abgleich mit realen Unternehmensdaten statt.

Schließlich werden wesentliche volkswirtschaftliche Themen von größter praktischer Relevanz nicht behandelt; so finden sich im Standardlehrbuch von Felderer und Homburg die Begriffe Schulden oder Verschuldung nicht einmal im Stichwortverzeichnis. Es gibt also genügend Gründe, den Aussagen der Standard-Volkswirtschaftslehre mit Skepsis zu begegnen, und es gibt einen erheblichen Bedarf an alternativen Ansätzen.

## Besseres Verständnis durch Dynamische Analyse

In Kürze erscheint im Teubner-Verlag unter dem Titel „Die Kunst des Modellierens“ ein von Bernd Luderer herausgegebener Sammelband über mathematisch-ökonomische Modelle, in dem auch Keens Kritik an der Standard-Theorie des Unternehmens in deutscher Sprache nachzulesen sein wird.

Daneben stelle ich in diesem Band ein Verfahren vor, mit dem sich die zeitliche Entwicklung einer Ökonomie modellieren und simulieren lässt. Dieses Verfahren, die Dynamische Analyse, ist ein zur komparativ-statischen Analyse komplementärer Ansatz mit dem Ziel, das langfristige Verhalten ökonomischer Systeme und die langfristige Wirkung makroökonomischer Einflussfaktoren besser zu verstehen. In diesem Modell sind Zinsen und Wirtschaftswachstum exogene Parameter, deren Einfluss auf makroökonomische Faktoren, wie Einkommen, Konsum, Ersparnisse und Vermögen, untersucht wird.



Die verschiedenen Faktoren wie Wachstum, Vermögen und Einkommen lassen sich einzeln eingeben und die Auswirkungen umfassend grafisch auswerten.

## Ergebnisse der Dynamischen Analyse

Die Ergebnisse der Untersuchungen lauten wie folgt:

1. Die Gesamtsumme der Sparguthaben einer Ökonomie entspricht genau der Gesamtsumme der Schulden. Die Verzinsung von Sparkapital und der dadurch bedingte Anstieg der Sparguthaben erzwingt eine symmetrisch zunehmende Verschuldung und entsprechende Zinszahlungen der Unternehmen
2. Wächst das Bruttoinlandsprodukt weniger stark als die Zinsanteile, so verringern sich die Einkommen in der Ökonomie. In diesem Fall fließt ein größerer Teil des Bruttoinlandsprodukts über Zinszahlungen an die Geldkapitaleigner, während sich der Lohnanteil entsprechend verringert. Wollen wir verhindern, dass der Lohnanteil im Bruttoinlandsprodukt immer weiter hinter den Zinsanteil zurückfällt, so sind wir zu ständigem Wirtschaftswachstum gezwungen. Dies folgt daraus, dass das Bruttoinlandsprodukt als Summe von Löhnen und Zinszahlungen dargestellt werden kann.
3. Die Haushalte mit geringem Lohn Einkommen können sich den Konsum bei wachsendem Zinsanteil im Bruttoinlandsprodukt zunehmend weniger leisten und verschulden sich schließlich. Dies kann als Verarmung oder als Beschäftigungslosigkeit charakterisiert werden. Die Verarmung eines zunehmend größeren Prozentsatzes

der Haushaltsgruppen destabilisiert schließlich die Ökonomie.

4. Eine Verschuldung der unteren Haushaltsgruppen kann bereits dann auftreten, wenn der Zinssatz deutlich unterhalb des Wirtschaftswachstums liegt. Infolgedessen ist das Wirtschaftswachstum allein nicht brauchbar zur Steuerung des Zinssatzes.

5. Gruppen mit vergleichsweise geringem Vermögen verfügen über geringfügige oder keine Zinseinnahmen, zahlen aber über ihren Konsum so viel Zinsen, dass sie Netto-Zinszahler sind. Denn die Unternehmen legen ihre Zinskosten auf die Preise um, wenn sie investieren und sich dabei verschulden. Bei Gruppen vergleichsweise vermögiger Haushalte überwiegen dagegen die Zinseinnahmen über die Zinszahlungen. Diese Gruppe besteht aus Netto-Zinsempfängern. Damit fließt in der Ökonomie ein stetiger Zinsstrom von den Netto-Zinszahlern zu den Netto-Zinsempfängern.
6. Die zeitliche Entwicklung von Einkommen, Vermögen und Konsum bleibt für jede Haushaltsgruppe stabil, wenn der Zinssatz der Ökonomie auf Null gesetzt wird. Dies gilt insbesondere auch dann, wenn das Wirtschaftswachstum nachlässt oder stagniert.

Ein Zins um Null impliziert nicht, dass Kredite kostenfrei sein sollten. Sowohl Gebühren für die mit der Vergabe und Verwaltung von Krediten verbundenen Dienstleistungen als auch der Abschluss einer Risikoversicherung gegen Kreditausfall sind ökonomisch sinnvolle Kosten. Dagegen scheint mir das Standardargument des Konsumverzichts für einen Zinsanspruch als nicht stichhaltig. Ersparte Vermögen sind Ansprüche gegen zukünftige Leistungen einer Volkswirtschaft. Der Werterhalt dieser Vermögen ist an sich schon ein Vorteil, der nicht auch noch eine über diesen hinausgehende Zinseinnahme ökonomisch rechtfertigt.

## Kapitalverzinsung wirkt destabilisierend

Das Verfahren der Dynamischen Analyse habe ich in der Programmiersprache Java als Applet implementiert, so dass die Simulationen am

Computer leicht durchgeführt werden können. Das Programm sowie alle Quelltexte finden sich unter: <http://www.rheinahrampus.de/kremer>.

Jede der obigen Aussagen wird durch die Simulationsergebnisse bestätigt, und ich ziehe das Fazit: Die Verzinsung von Kapital hat nur dann langfristig keine destabilisierende ökonomische Wirkung, wenn die Wirtschaft stetig und zeitlich unbeschränkt, d.h. exponentiell, wächst. Aufgrund der Endlichkeit der Ressourcen der Erde ist ständiges Wachstum jedoch weder wünschenswert noch möglich.

**„Wenn eine Wirtschaftsordnung langfristig stabil bleiben soll, dann muss sie sich vom Konzept der Vermögensverzinsung verabschieden.“**

Es mag in unserer Ökonomie vieles verbesserungswürdig sein, wenn aber die hier vorgestellte Modellierung wesentliche Aspekte der Realität widerspiegelt, dann kann kein volkswirtschaftliches Reformvorhaben auf lange Sicht erfolgreich sein, wenn zuvor nicht die durch die Verzinsung von Guthaben verursachten Probleme verstanden und gelöst worden sind.

Die Einsicht, dass Kapitalverzinsung und Verschuldung untrennbar miteinander verknüpft sind und dass Zinsen langfristig zu schwerwiegenden volkswirtschaftlichen Schwierigkeiten führen, ist nicht neu. Sie findet sich zum Beispiel in den Untersuchungen von Helmut Creutz und Bernd Senf. Die Resultate der Dynamischen Analyse bestätigen die Ergebnisse dieser Autoren im Rahmen eines mathematischen volkswirtschaftlichen Modells.



Prof. Dr. Jürgen Kremer, Professor für Wirtschaftsmathematik am RheinAhrCampus Remagen, seit April 2007 Mitglied im erweiterten Vorstand der INWO Deutschland. Kontakt: Juergen.Kremer@INWO.de





Selten war der SPIEGEL so deutlich. Die sommerlichen Krisen (IKB und SachsenLB) und Affären (Siemens) führt der erfahrene Wirtschafts-Journalist Wolfgang Kaden auf der Startseite der **SPIEGEL online**-Ausgabe am 23.08.2007 unter dem Titel „Profit ohne Moral“ auf das System zurück: „Die Häufung ist kein Zufall, sie ist systembedingt: Der Druck, Erfolge zu produzieren, veranlasst die Manager, immer höhere Risiken einzugehen.“ Die Korruptionsaffäre, bei der von rund einer Milliarde Euro Bestechungsgeldern die Rede ist und die mit hunderten Milliarden Euro gerade noch verhinderten Bankencrashes führt er zurück auf die „Performance“, die „um beinahe jeden Preis“ gezeigt werden müsse. Entscheidend sei dabei „nur noch das Ziel, eine immer bessere Rendite, nicht mehr der Weg dorthin“. SPIEGEL-Autor Kaden moniert vor allem, dass Ethik und Moral auf der Strecke geblieben seien. Die vom damaligen Siemens-Chef Heinrich von Pierer im Jahr 2003 bestrittene „systembedingte breite moralische ‚Erosion‘“ gebe es eben doch. Nun gehe es mehr denn je um die „Wiederherstellung des Vertrauens in ein Wirtschaftssystem, dessen Spielregeln akzeptiert und eingehalten werden“. Richtig interessant, aber auch immer weniger vertrauensweckend, wird der Artikel im Schlussteil, auch wenn dort vor allem Schattenboxen betrieben wird und viele Fragezeichen auftauchen. Kaden beklagt zum Beispiel die hohen Erfolgsvorgaben, „wer

auch immer sie setzt“ und diejenigen, „die dafür sorgen, dass an den Börsen nur noch in kurzen zeitlichen Dimensionen gedacht und gehandelt wird“. Namentlich genannt werden nur „auch wir von den Medien“. Der Systemfehler scheint da schon wieder vergessen.

Mit einem Artikel von Helmut Creutz über „Das verflixte Geld“ hat **ZEIT online** am 28.08.2007 eine „Diskussionsreihe über Geld, Zins und Alternativen zur herrschenden Wirtschaftsordnung“ begonnen. Darin äußern sich Fachleute, auch zum „Wunder von Wörgl“, das vor 75 Jahren inmitten der Weltwirtschaftskrise für internationales Aufsehen sorgte. Jede Woche gibt es einen weiteren Artikel, wobei die Autoren stets aufeinander eingehen sollten. Unter anderem haben sich daran Götz Werner, Elmar Altvater und Mathias Binswanger beteiligt. Sämtliche Beiträge sind auch im Online-Angebot des Wörgler Freigeldjahres nachzulesen. Mitte September begann die Artikelreihe auch auf den Internetseiten der österreichischen Zeitung „Der Standard“. Sowohl bei ZEIT online als auch beim Projekt „weitsichtig wirtschaften“ können alle Beiträge kommentiert werden.

Die Finanzkrise zieht weitere Kreise. Diesmal sah sich die Bank von England laut **SPIEGEL online** (14.09.2007) zu einer ungewöhnlich-

chen Rettungsmaßnahme genötigt. Großbritannien's größter Hypothekenanbieter des ersten Halbjahres bat um einen Notkredit und die Finanzwelt reagierte schnell: „Die Bank of England habe sich nach Rücksprache mit der britischen Bankenaufsicht und Premierminister Gordon Brown zu diesem ungewöhnlichen Schritt entschieden, heißt es in Berichten des Senders „BBC“ und der „Financial Times“. Die Hypothekenbank stehe zwar nicht vor dem Zusammenbruch, berichtete die BBC weiter. Allerdings zeige das Hilfversuchen das Ausmaß der weltweiten Finanzprobleme, die durch die Krise am US-Hypothekenmarkt entstanden seien.“ Dabei bewegt sich die US-Hypothekenkrise erst allmählich auf ihren Höhepunkt zu. Peter Bofinger, Wirtschaftsweiser der Bundesregierung, rechnet damit laut **Frankfurter Rundschau** erst in etwa einem Jahr: „Viele Haushalte wurden in den Jahren 2005 und 2006 durch künstlich niedrig gehaltene Anfangszahlungen in Hypothekenkredite mit variabler Verzinsung gelockt, die eine Anpassung nach zwei bis drei Jahren vorsehen. Für viele der davon betroffenen Haushalte bedeutet das steigende monatliche Zahlungsverpflichtungen, denen sie nicht nachkommen können. Das wird zu zusätzlichen Zwangsversteigerungen und Wertverlusten bei mit Hypotheken besicherten Anleihen führen.“ (siehe auch Ausgabe 3/2007 oder unter <http://www.INWO.de>)

### Termine

17.12.2007, 19 Uhr  
Bern/Schweiz, AKI, Alpeneggstr. 5  
**Treffen INWO Bern**  
Infos: [Bern@INWO.ch](mailto:Bern@INWO.ch), Telefon: +41 62 8228486

21.12./18.01./15.02./20.03.2008, 19.30 Uhr  
München, EineWeltHaus, Raum 109, Schwanthalerstr. 80  
**Treffen der neuen INWO-Regionalgruppe**  
Infos: [Muenchen@INWO.de](mailto:Muenchen@INWO.de)

11.01./01.02./04.04.2008, 19-22 Uhr  
Bern/Schweiz, AKI, Alpeneggstr. 5  
**Ökonomische Lesegruppe**  
Infos: [inwo@gmx.ch](mailto:inwo@gmx.ch), Telefon: +41 62 8228486,  
<http://www.inwo.ch/Lesegruppe/lesegruppe.htm>

18.01.2008, 20 Uhr  
Zürich, Volkshaus, Stauffacherstr. 60  
**„Die blinden Flecken der Ökonomie“**  
Vortrag von Prof. Dr. Bernd Senf  
Infos: [info@INWO.ch](mailto:info@INWO.ch), Telefon: +41 62 8228486

19.01.2008, 9.30-16.30 Uhr  
Zürich, Zentrum Karl der Grosse, Kirchgasse 14  
**Workshop mit Prof. Dr. Bernd Senf**  
Infos: [info@INWO.ch](mailto:info@INWO.ch), Telefon: +41 62 8228486

20.02.2008, 20 Uhr  
Schwerte, Volkshochschule (<http://www.kuweb.de>)  
**„Geld oder Leben“**  
Vortrag & Diskussion mit Prof. Günther Moewes  
Infos: [klaes@versanet.de](mailto:klaes@versanet.de)

14.-16.03.2008  
Wuppertal, Silvio Gesell-Tagungsstätte  
(<http://www.INWO.de/SGT>)  
**Mitgliederversammlung der INWO Deutschland**  
Infos: [Klaus.Popp@INWO.de](mailto:Klaus.Popp@INWO.de),  
Telefon: +49 211 304105

29.08.-02.09.2008  
Wuppertal, Silvio Gesell-Tagungsstätte  
(<http://www.INWO.de/SGT>)  
**FAIRCONOMY-SommerCampus 2008**  
Infos: [Tanja.Rathgeber@INWO.de](mailto:Tanja.Rathgeber@INWO.de), Telefon: +49 721 9431437, <http://www.INWO.de/Jugendcamp>.

Weitere Details, Veranstaltungen und Treffen regionaler INWO-Gruppen finden Sie im Internet unter <http://www.INWO.de/Termine> und <http://www.INWO.ch>.

# Der Geist des Geldes

Mit zum Teil drastischen Bildern und Zitaten, einem rasanten Abriss von 3000 Jahren Geschichte und vielen namhaften Experten sorgt ein neuer Dokumentarfilm vor allem für eines: jede Menge spannende Fragen zu Wirtschaft und Währung.

Eine neutrale Dokumentation wollte der Filmmacher Yorick Niess produzieren. Nichts, was einseitig politisch gefärbt ist. Deswegen hat er sich ein Jahr lang mit Menschen unterhalten, die sich aus den unterschiedlichsten Gründen mit dem Thema Geld befassen: zum Beispiel mit dem Leiter des Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (IfW), Dennis J. Snower, der ohne Geld lebenden Heidemarie Schwermer, dem Politikwissenschaftler Prof. Dr. Elmar Altvater und dem Schweizer Jean Ziegler, Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen (UN) für das Recht auf Nahrung.

Durch die zahlreichen unterschiedlichen Blickwinkel aus fünf verschiedenen Ländern zeigt der Film die vielen Facetten des Geldes auf, das mehr ist, als es zu sein scheint. Es wird deutlich, dass es eine größere Bedeutung hat, als ihm im Allgemeinen beigemessen wird. Es soll Funktionen wahrnehmen, die sich eigentlich gegenseitig ausschließen. Und es hat Folgen, die nur selten an ihm fest gemacht werden.

Das spiegelt sich auch in den Aussagen von Experten, die bisher vor allem in Geldreformkreisen bekannt sind. Bernard A. Lietaer beispielsweise erklärt, warum unser heutiges Geld Armut erzeugt. Werner Onken beschreibt die Überlegungen Silvio Gesells. Margrit Kennedy wirbt für ein Nachdenken über das jetzige und ein anderes Geld.

„Ein Kind, das heute am Hunger stirbt, wird ermordet. Es gibt keine Fatalität irgendwelcher Art. Es ist die Weltordnung, die tötet.“

Jean Ziegler, UN-Sonderberichterstatter, in „Der Geist des Geldes“

Was der Film nicht leistet, in der Kürze auch nicht leisten kann, ist eine wissenschaftlich korrekte und ohne Verkürzungen auskom-



me Snower wahrgenommen werden. Der Film gibt keine Antworten, sondern zeichnet einige alternative Gedanken nach und wirft dadurch vor allem Fragen auf. Er macht klar, dass unser jetziges Geld ein grundlegendes Problem darstellt, über das man sich informieren und eigene Gedanken machen sollte, wenn man die Welt verbessern will.

Die DVD ist in begrenzter Stückzahl erhältlich. Mitglieder der INWO Deutschland zahlen 10 Euro, Nicht-Mitglieder 15 Euro pro Stück. Der Versand in Deutschland ist kostenlos. Bestellt werden kann unter <http://www.INWO.de/Shop> oder beim INWO-Versand (Sambach 180, 96178 Pommersfelden, Telefon: (09502) 924740, Fax: (09502) 924810).

### Vorführung der INWO Hamburg

Prall gefüllt war der Saal im Kulturzentrum HausDrei im Stadtteil Altona. Achtzig Besucher kamen zum Filmabend und waren sehr angetan bis begeistert. Das Interesse an der vorher angekündigten Diskussion war groß, denn der Film kam gut an. Das Publikum applaudierte und hatte großen Rede- und Informationsbedarf.

Die Hamburger INWO-Aktiven nutzten die Gelegenheit, um die Regionalgruppe kurz vorzustellen und auf das nächste Treffen hinzuweisen und sie gaben den Gästen noch ein kleines Rätsel mit auf den Nachhauseweg. Viele Besucher standen noch lange angeregt diskutierend zusammen.

Auf den Infotisch und die im Saal auf Stehtischen verteilten Listen gab es einen regelrechten Ansturm. Der Film funktioniert also offensichtlich sehr gut als Einstieg für Menschen, die sich noch nicht mit den Themen der INWO beschäftigt haben. Die Hamburger planen deshalb schon die nächste Vorführung.

mende Beweisführung. Auch die im Titel verankerte Verbindung zwischen Geld und Glaube wirkt an einigen Stellen übertrieben, ergibt sich aber aus der Perspektive des Autors und Produzenten, der diesen Zusammenhang für besonders bezeichnend hält.

Das Besondere an „Der Geist des Geldes“ ist, dass Geldkritiker mit dem Film erstmals auf einer Ebene mit prominenten kritischen Geistern wie Ziegler und anerkannten Experten



## INWO mit Hermann Scheer gegen den Ausverkauf der Bahn

In der nordhessischen Eisenbahnerstadt Bebra hat die INWO die Frage „Droht der Region mit der Börsenbahn das Abstellgleis?“ gestellt. Antworten boten Hermann Scheer, bekanntester deutscher Privatisierungsgegner und Träger des Alternativen Nobelpreises, die zahlreichen Besucher und ein unterhaltsamer Dokumentarfilm.

Auch zahlreiche aktive und pensionierte Eisenbahner waren am 1. Oktober gekommen, um „Bahn unterm Hammer“ zu sehen. Anschließend erläuterte Hermann Scheer den aktuellen Stand der Dinge und beantwortete die Fragen der rund 80 Gäste. Als erfahrener Verkehrs- und Umweltpolitiker ging er detailliert auf die Entwicklung seit der Bahnreform im Jahr 1994 ein: die „unterlassene Kontrolle durch die verantwortlichen Politiker“ und zahlreiche „folgenreiche falsche Weichenstellungen“.

Nach Ansicht Scheers wird die nun diskutierte Privatisierung der Bahn negative Auswirkungen für alle Kunden haben, vor allem in bevölkerungs- und verkehrsrärmeren Zentren. Es sei abzusehen, dass der Teilverkauf der Bahn an Investoren aus Russland oder von der arabischen Halbinsel den Druck auf die Mitarbeiter weiter erhöhe und für noch mehr Entlassungen Sorge. Dabei gebe es beispielsweise schon jetzt in der Eisenbahnerstadt Bebra nur noch 400 von ehemals über 4000 Bahn-Arbeitsplätzen. Für ein vergleichbares Negativbeispiel verwies Scheer auf den „Größenwahn“ der Daimler-Benz AG. Die habe durch die Fusion mit dem US-Konzern Chrysler zum weltgrößten Automobilunternehmen aufsteigen wollen. Inzwischen habe der deutsche Mercedes-Produzent Chrysler nicht nur wieder weitgehend verkauft, sondern außerdem Milliarden-Verluste gemacht und deswegen zahlreiche

Mitarbeiter entlassen. „Bahnchef Hartmut Mehdorn will die Deutsche Bahn zum größten Logistik-Konzern der Welt machen. Als 'global player' wird für die Bahn jedoch die Rendite wichtiger sein als ihr bisheriger grundgesetzlicher Kernauftrag, nämlich der flächendeckende Schienenverkehr.“ Dann werde noch mehr in ausländische LKW-Transporte und chinesische Hochseehäfen investiert und gar nichts mehr in Projekte wie die Sanierung von kleinen Bahnhöfen wie in Bebra, so Scheer.

Mehr zur INWO Nordhessen gibt es unter <http://www.INWO.de/Nordhessen>, per E-Mail an [Nordhessen@INWO.de](mailto:Nordhessen@INWO.de) oder unter Telefon (05622) 930022 oder (06623) 41228.

Den aktuellen Stand der Dinge, wie eine Deutsche Bahn nach Schweizer Vorbild aussehen könnte und warum eine Volksaktie keine Lösung ist, kann man unter <http://www.DeineBahn.de> erfahren. Kostenloses Aktionspaket und Infomaterial gibt es unter <http://www.INWO.de/Bahn>.



INWO-Regionalgruppe Stuttgart beim „Flashmob“ gegen den Ausverkauf der Bahn

### Großer Erfolg bei geringem Aufwand

Vorher und nachher ausführliche Berichterstattung in der lokalen Presse, ein Interview für die regionalen Radio-Nachrichten und für den ländlichen Raum sehr gute Besucherzahlen – mit relativ wenig Aufwand hat die INWO Nordhessen einiges auf die Beine gestellt! Wir haben einige Anregungen zusammengestellt, damit weitere Regionalgruppen aktiv werden in Sachen Bahn.

Nur knapp zwei Wochen Zeit blieb nach der kurzfristigen Zusage von Hermann Scheer, den Jens Hakenes, 2. Vorsitzender der INWO, für die Aktion in der symbolträchtigen nordhessischen Eisenbahnerstadt gewinnen konnte. Dennoch war noch genug Zeit für die wichtigsten Vorbereitungen. Mit einer Pressemitteilung wurden per E-Mail die Medien in der Region

informiert. Außerdem wurde der Termin bei regionalen Veranstaltungskalendern im Internet eingetragen. Erich und Peter Lange sorgten mit von der Stadt genehmigten Plakatständen für zusätzliche Werbung. Vor Ort wurde ein Raum in einem Gasthof organisiert – kostenlos, weil die Gäste für den Wirt zusätzliche Einnahmen bedeuteten. Die professionelle Ton- und Film-Technik wurde von der Medienstelle des Landkreises gestellt.

Bei der Veranstaltung selbst sorgten die Lange-Brüder für FAIRCONOMY-Stellwand, Büchertisch und Fotos. Begrüßung und Moderation der Gästefragen übernahm Jens Hakenes. Anschließend gab es eine weitere Pressemitteilung mit den Ergebnissen der Veranstaltung, über die daraufhin ebenfalls ausführlich berichtet wurde.

Zur Absprache von INWO-Pressemitteilungen und bei weiteren Fragen ist Jens Hakenes vom INWO-Vorstand erreichbar per E-Mail an [Jens.Hakenes@INWO.de](mailto:Jens.Hakenes@INWO.de) und Telefon (030) 51050444.



## INWO beim Klima- und Umweltbündnis-Aktionstag in Stuttgart

Es war mal wieder eiskalt bei der Aktion der INWO-Regionalgruppe Stuttgart am 20. Oktober, aber das hielt niemanden ab – weder die Helfer noch die zahlreichen Interessenten. Ziel war es, den Besuchern die Zusammenhänge von Geld- und Bodenreform und Umweltschutz nahe zu bringen und unsere Aufkleberaktion voranzutreiben, also herauszufinden, welcher unserer Entwürfe beim Zielpublikum am besten ankommt.

Für die Aufkleberaktion hatte die Regionalgruppe Stuttgart im Vorfeld schon einige Vorarbeit geleistet und Tests durchgeführt. Dabei hat sich herausgestellt, dass es bei der Suche nach dem optimalen Aufkleber sinnvoll ist, das Design vom Inhalt zu trennen und außerdem nicht zu viele Entwürfe zur Auswahl zu stellen. Beim Design hat es sich auch gezeigt, dass die Farben eine entscheidende Rolle spielen. So gingen wir mit sieben verschiedenen Aufklebertypen in verschiedenen Farbvarianten, also insgesamt 13 Auswahlmöglichkeiten, an den Start. Im ersten Schritt sollten die Besucher unabhängig vom Inhalt nur den spontan auffälligsten Entwurf auswählen. Im zweiten Schritt wurden dann die insgesamt 13 Slogans bewertet, die wir auf unserem Abstimmzettel aufgelistet hatten. Eine überaus angenehme Erfahrung für Helfer und Interessierte!

Die Frage „Darf ich Sie auch bitten, bei unserer Aufkleberaktion mitzumachen?“ wurde von allen Angesprochenen bejaht. Auf das Ausfüllen des Abstimmzettels folgte immer eine Frage in der Art „Und was wollen Sie damit bezwecken?“ Das war natürlich eine Steilvorlage, um den Rendite- und Wachstumsdruck des Geldes und die damit verbundenen Umweltschädigungen zu erläutern. Im

Schnitt dauerten diese Gespräche 15 Minuten. Mit neuen Ideen im Kopf („Das habe ich so vorher noch nie gehört.“ o. ä.) und Informationsmaterial der INWO in den Händen verabschiedeten sich die Besucher.

Am Ende hatten wir 55 ausgefüllte Abstimmzettel mit einem interessanten Ergebnis (siehe Zitate und Abbildungen). Aufgefallen ist, dass die am häufigsten gewählten Aufkleber in der Mitte platziert waren und bei den Slogans die ersten die meisten Stimmen erhielten. Der nächste Schritt wird nun sein, das Ganze mit anderer Anordnung zu überprüfen. Als Vorteil hat sich herausgestellt, dass wir an unserem Stand nicht sofort unsere Identität preisgegeben haben. Das hat offenbar sehr neugierig gemacht. Im Vergleich zu den bisherigen Aktionen, an denen ich beteiligt war, ist es diesmal am einfachsten gewesen, mit den Leuten ins Gespräch zu kommen. Es hat uns richtig Spaß gemacht. Danke an Birgit und Lisa Rau und besonders an Silke Nemuth für die Koordination mit dem Klima- und Umweltbündnis Stuttgart.

Alle Ergebnisse, Slogans und Motive gibt es exklusiv für INWO-Mitglieder unter <http://www.INWO.de/intern> und beim INWO-Versand (Sambach 180, 96178 Pommersfelden, Telefon: (09502) 924740, Fax: (09502) 924810).

Helmut Rau



## INWO auf dem Sozialforum in Cottbus



Nach Angaben der Veranstalter haben rund 1500 Menschen die mehr als 150 Konferenzen, Seminare und Workshops des 2. Sozialforums in Deutschland besucht. Auch die INWO war beim Treffen innerhalb und außerhalb der Stadthalle vom 19. bis 21.10.2007 vertreten.

Bei der Premiere vor zwei Jahren in Erfurt hatten die Veranstalter noch rund 3500 Teilnehmer registriert. Entsprechend weniger belebt waren die Konferenzsäle, Vortragsräume und Infostände in Cottbus. Offenbar waren nach dem G8-Gegengipfel im Sommer vor allem die jüngeren Aktivisten nicht für eine Reise nach Brandenburg zu begeistern.

Dennoch konnte die INWO, die für ein deutlich größeres Angebot als in Erfurt gesorgt hatte, mit die meisten Besucher anlocken. Der Vortrag von Klaus Popp über „Mangel in der Überflusgesellschaft“ war gefragt und gut besucht. Fünf weitere Workshops mit spannenden Themen und kompetenten Referenten fanden leider weniger Interesse.

Die Zinsbombe der INWO machte vor der Cottbusser Stadthalle auf die Schuldenproblematik aufmerksam. In der Halle veranschaulichte das neue Zahnradmodell, eine kleinere, für den Versand geeignete Version, die Zusammenhänge. Am Infostand gab es das passende Material zur Alternative, der FAIRCONOMY. Die gleichnamige Sonderausgabe unserer Zeitschrift fand mit dem Vorsitzenden der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Frank Bsirske (Foto rechts), einen prominenten Abnehmer.



## Neuigkeiten vom Vorstand der INWO

Nachdem wir im August eine kurze Telefonkonferenz-Sommerpause eingelegt hatten, wurde in der **September-Telefonkonferenz (TK)** des erweiterten Vorstands (eVorstand) der INWO berichtet über das Einführungsseminar in Stuttgart als gelungenes Pilotprojekt für Seminare außerhalb Wuppertals, außerdem über neue/überarbeitete „Standpunkte“-Texte. Nach dem Bericht zum Jugendcamp 2007 haben wir eine Neuauflage für 2008 beschlossen. Berichtet wurde außerdem über die Entwicklung bei der Bahn-Aktion und der möglichen gemeinsamen Ausgabe mit der Zeitschrift „HUMANWIRTSCHAFT“. Angesprochen wurden als nächste Aktionen der Dezember-Spendenbrief und Aktiventreffen/Sommerfest in 2008. Bei den Materialien ging es um eine Neuauflage der Taschen und die intensive Arbeit an den INWO-Aufklebern sowie eine zu erstellende Material-Wunschliste. Nach Einrichtung der neuen Vereinssoftware wird nun ein spezielles Anschreiben für ausstehende Beitragszahlungen von ca. 6000 Euro erstellt. Der Schreibwettbewerb wird derzeit ausgewertet und 2008 neu aufgelegt. Festgelegt haben wir einen Termin für die nächste Mitgliederversammlung in Wuppertal (14.-16.03.2008) und einen Zeitraum für ein Treffen mit der INWO Schweiz. Thema war außerdem die schwierige Planung für die Seminare 2008, eine Zahlung für die FAIRCONOMY-Redaktion und die Klärung weiterer Honorarfragen bei der Klausur (7.-9.12.2007 in Stuttgart). Geklärt wurde außerdem das weitere Vorgehen für die Übersetzung von „Das Geldsyndrom“ ins Englische und die Planung sowie der Kostenrahmen für das Sozialforum in Cottbus (19.-21.10.2007).

## FAIRCONOMY-Jugendcamp 2007: „Zum Schlafen viel zu spannend!“



Vom 07. bis 11. September 2007 hat in Wuppertal das zweite FAIRCONOMY-Jugendcamp mit insgesamt 13 Teilnehmern stattgefunden, von denen zehn unter 26 Jahre alt waren. Gemeinsam mit den Referenten Bernd Senf und Fritz Andres hat Campleiterin Tanja Rathgeber offenbar den Nerv der jungen Leute getroffen. Die Aussagen der Teilnehmer sprechen für sich.

„Die fünf Tage waren für mich absolut fruchtbar in zweifacher Hinsicht: Ich wollte an den Themen Geld- und Bodenordnung vernünftig inhaltlich arbeiten. Das wurde durch die qualitativ hochwertigen Vorträge voll und ganz erfüllt. Aber für ein gelungenes Seminar ist das nur die halbe Miete. Die andere Hälfte ist für mich eine angenehme Atmosphäre. Diese kann man nicht organisieren,

Anfang Oktober hat die bisher größte INWO-Veranstaltung gegen den Ausverkauf der Bahn im nordhessischen Bebra stattgefunden. Ansonsten ist die Beteiligung der Regionalgruppen bisher gering. Außerdem wurde bei der **Oktober-TK** des eVorstands von den Gesprächen über eine gemeinsame unabhängige Zeitschrift berichtet. Das Archiv für Geld- und Bodenreform von Werner Onken wird Mitte November in der Unibibliothek Oldenburg feierlich eröffnet. Bis dahin sollen auch die Ergebnisse des Arbeitskreises Geschichte (AKG) online sein. Für neue INWO-Materialien stehen wir im Augenblick in Verhandlungen mit zwei Radio-Autoren. Außerdem wird eine Infostand-Grundausstattung für alle aktiven Regionalgruppen geplant. Der 1. Schreibwettbewerb ist inzwischen ausgewertet; ein Bericht wird folgen. Für die erweiterte Neuauflage im nächsten Jahr laufen die Arbeiten nun an. Für die Mitgliederversammlung 2008 werden noch Programmideen gesucht. Unsere Teilnahme an einem Kongress in Österreich wird derzeit geprüft. Außerdem haben wir eine Honorar-Frage geklärt (Sozialforum) und einen Zuschuss-Antrag besprochen, der möglichst bald in kleinerer Runde abgestimmt werden soll. Das gleiche gilt für das Seminarkonzept 2008, das aus finanziellen Gründen neu zu erstellen ist.

Die vollständigen Protokolle sind abrufbar unter <http://www.INWO.de/intern>. Wer keinen Internetzugang hat, kann sie auch beim INWO-Versand (Sambach 180, 96178 Pommersfelden, Telefon: (09502) 924740, Fax: (09502) 924810) bestellen.

sondern nur ermöglichen, und dafür wurde alles getan. Es ergaben sich auf diese Weise die interessantesten Diskussionen und Dialoge über Themen, mit denen ich sonst wahrscheinlich nie in Berührung gekommen wäre. In wunderbarem Ambiente entstand eine Gruppenkultur, wie ich sie selten erlebt habe.“

**Benjamin, 22 Jahre**

„Wer die produktive und positiv kreative Atmosphäre unter einer ganzen Gruppe frei(wirtschaftlich) denkender Menschen erleben konnte, der hat sehr wahrscheinlich auch eine Menge Hoffnung mitgenommen, dass positive Veränderungen in dieser Welt zu Unrecht oft als „Utopie“ oder „Utopia“ bezeichnet werden.“

**Nicolas, 24 Jahre**

Einen ausführlichen Bericht über das Jugendcamp gibt es unter <http://www.INWO.de>. Eine Neuauflage soll es vom 29.08. bis 02.09.2008 geben, dann unter dem Titel „FAIRCONOMY-SommerCampus 2008“.

## Über die Kunst, ein Leitbild zu entwickeln

Die INWO Schweiz bekommt ein neues Leitbild. Sabine Heusser Engel sprach mit Paul Rentsch, der in diesem Prozess die Federführung übernommen hat. Aufgrund seiner Erfahrungen mit Leitbildern in der Unternehmenswelt lautet Rentschs Fazit: Das Wichtigste sind die gelebten Werte.

> Herr Rentsch, Sie haben bereits in einer großen Unternehmensgruppe die Leitbild-Entwicklung begleitet. Was war in Ihrer Firma der Anlass hierfür?

**PR** Die Gründergeneration des Unternehmens ist heute schon siebzigjährig. Vor dem Generationswechsel organisierte man einen Ideentreff, um zu schauen, wie sich die Firmengruppe entwickeln soll. Man einigte sich darauf, dass wir ein Leitbild brauchten.

> Welche Bedeutung hat ein Leitbild heute für ein Unternehmen?

**PR** Ein Leitbild ist nichts rein Philosophisches und Idealistisches. Im Gegenteil, es hat direkte wirtschaftliche Auswirkungen. Eine Bank macht heute eine Risikoanalyse und schätzt eine Firma ein. Wenn man in einem Leitbild vernünftige Werte darstellt und nachweisen kann, dass man sie auch lebt, hat man eine tiefere Risikoquote. Das bedeutet, dass man von der Bank bessere Kreditkonditionen bekommt.

> Was qualifizierte Sie zum Projektverantwortlichen?

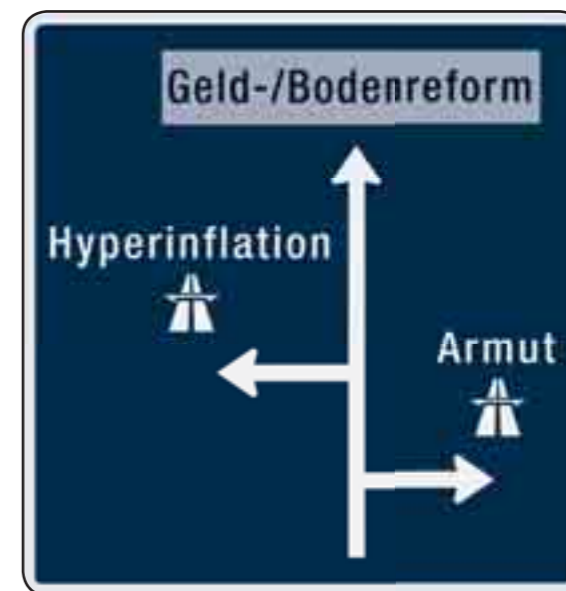
**PR** Ich hatte in diesen Fragen bereits Erfahrungen gesammelt. Im Rahmen des „Netzwerks für sozialverantwortliches Wirtschaften“ NSW hatte ich Tools für einen Sozialbericht entwickelt. In der Zeit besuchte ich Seminare beim Wirtschaftsethiker Peter Ulrich an der Universität St. Gallen und las Bücher, wie ein Leitbild strukturiert sein muss.

> Wie ist denn aus Ihrer Sicht das richtige Vorgehen?

**PR** Manche erwarten, dass man in zwei Sitzungen fünf markante Sätze formuliert, die man in einem Rahmen an die Wand nagelt und die jeder auswendig lernen kann. Meines Erachtens ist ein solches Leitbild völlig sinnlos.

Die Leitbildentwicklung ist ein Bewusstseinsprozess. Bei der Hansaflex, einer Firmengruppe mit 1.600 Mitarbeitern, dauerte der ganze Prozess zwei Jahre. Das Team des Ideentreffs formulierte eine Grobfassung, die wir in die Workshops unserer Jahresanfangsseminare einbrachten.

Später schulten wir Moderatoren, die den Leitbildentwurf mit der Basis durcharbeiteten. Man braucht die Spitze genauso wie die Basis. Erst nachdem auch von dort Rückmeldungen gekommen waren, wurde der Text fertig formuliert und der Gesellschafterversammlung vorgelegt. Diese musste das Leitbild dann genehmigen.



Die INWO Schweiz unterbreitet das Leitbild der Mitgliederversammlung im April 2008. Die INWO Deutschland arbeitet für ihre Mitgliederversammlung im März 2008 an einem passenden Fahrplan.

> Ein Leitbild stellt Werte und Inhalte dar. Wie gelingt die praktische Umsetzung?

**PR** Man muss den Werten eine Form geben. In unserem Leitbild steht zum Beispiel: „Wir sind der Umwelt verpflichtet.“ Wir fragten uns, welche Konsequenzen dieser Satz mit sich bringt. Es wurden konkrete Massnahmenpläne erstellt, deren Umsetzung nachgewiesen werden muss.

> Sie sind heute Leitbild-Verantwortlicher bei einem Verein. Was verbindet Sie persönlich mit der INWO?

**PR** Es ist meine Grundüberzeugung, dass Wirtschaften um des Wirtschaftens willen und Geld zu machen um des Geldes willen keinen Sinn ergibt. Die Wirtschaft muss der Gesellschaft dienen, nicht umgekehrt.

Gemäss der INWO sollen Grundlagen wie Boden und Bodenschätze, die menschliches Leben überhaupt ermöglichen, der Allgemeinheit gehören. Für mich gilt das nicht nur für den Boden, sondern für alle vier Elemente: Feuer (Energie), Luft, Wasser und Erde. Im Extremfall: Wer die Luft besitzt, ist der Herr, wer keine besitzt, sie jedoch zum Atmen benötigt, muss sie kaufen und ist der Sklave. Es ist ein Grundrecht, dass jeder Mensch den gleichen Zugang zu den lebensnotwendigen Gütern besitzt. Die Chinesen kennen noch ein fünftes Element: die Quintessenz. Damit ist die Information gemeint, etwa die heutige Gentechnik. Sie sollte ebenso wenig privatisiert und patentiert werden dürfen.

> Bekommt die INWO Schweiz ihr erstes Leitbild?

**PR** In der Form, ja. Bisher wurden meiner Ansicht nach bei der INWO die Mittel mit den Werten verwechselt. Es war klar: Man fordert eine Geld- und eine Bodenreform.



Aber weshalb? Erst wenn man weiterfragt, findet man dahinter Werte wie Gerechtigkeit und Freiheit.

- > Wie lassen sich in einer NGO die vielen verschiedenen Stimmen fassen?

**PR** Innerhalb der INWO sind tatsächlich vielfältige Ideen und Werte vorhanden, die mit den Mitteln Geld- und Bodenreform erreicht werden sollen. In der Leitbildgruppe interessiert den einen vor allem die Umwelt, der andere möchte die Gesellschaft volkswirtschaftlich alphabetisieren. Als alle sofort mit der Formulierung beginnen wollten, drang ich darauf, zunächst eine Struktur für das Leitbild zu schaffen und die Werte zusammenzutragen. Während des Prozesses verabschiedeten sich manche, andere kamen hinzu.

- > Wurden auch die übrigen Mitglieder zu ihren Vorstellungen befragt?

**PR** Ja. Als die Struktur stand, erarbeitete ich einen Entwurf, der in der Gruppe so lange „geknetet“ wurde, bis wir eine Formulierung hatten, die wir bei den Vereinsmitgliedern in den Umlauf gaben. Es kamen einige Rückläufe, die daraufhin ausgewertet wurden. Thematisch hat sich das Leitbild dadurch erheblich erweitert. Das Leitbild ist damit jedoch noch nicht fertig.

- > Was fehlt denn noch?

**PR** Ich wünsche mir, dass demnächst die Führungscrew mit einbezogen werden kann, um danach die Endformulierung vorzunehmen und dann Workshops an der Basis anzubieten. Das Leitbild soll das Bewusstsein der Mitglieder schärfen. Sie können sich darüber klarer werden, wofür sie denn wirklich eintreten. Für eine NGO bildet das Leitbild eine wichtige gemeinsame Klammer, eine Plattform, an die andere Menschen und Organisationen mit ähnlichen Werten „andocken“ können. Ich halte die Vernetzung für sehr wichtig.

- > Seit 1990 werden vermehrt Leitbilder geschrieben. Wie erklären Sie sich diesen Trend?

**PR** Es liegt jedenfalls nicht daran, dass die Menschen besser geworden wären. In börsennotierten Unternehmen sowie bei Grossverteilern wie Migros und Coop sind die

Leitbilder Führungsinstrumente, nach denen sich Entscheide richten. Wenn plötzlich rauskommt, dass sie trotz Werten wie Bio und fairer Handel ihre Waren in indischer Kinderarbeit produzieren, sacken die Aktienkurse in den Keller und das Image leidet gewaltig. Seit der Krise in den 90ern bestehen die Banken auf Businessplänen mit guten Leitbildern, um das Risiko besser einschätzen zu können.

- > Was würden Sie persönlich jemandem raten, der ein neues Leitbild erstellen will?

**PR** Es ist wichtig zu bedenken, dass dies ein zeitintensiver Bewusstseinsprozess ist. Das Wichtigste ist dann jedoch die Einführung der Werte. Es reicht nicht, etwas zu formulieren, was schön klingt. Letztlich geht es um Glaubwürdigkeit. Man kann zum Beispiel innerhalb der INWO keine zinsfreie Wirtschaft postulieren und gleichzeitig selbst von leistungslosen Einkommen profitieren. Was im Leitbild steht und was ich lebe, muss übereinstimmen, so weit es in den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen möglich ist.



Paul Rentsch: „Die Wirtschaft muss der Gesellschaft dienen, nicht umgekehrt.“

wurde 1993 in die Hansaflex AG Schweiz umgewandelt, der Paul Rentsch als Geschäftsführer vorsteht. 1990 schloss er das Nachdiplomstudium in Betriebswirtschaft ab.

Er war Projektleiter für das Leitbild der Hansaflex Gruppe und im „Netzwerk für sozial verantwortliches Wirtschaften NSW“ unter anderem an der Erarbeitung eines Sozialberichts für Klein- und Mittelunternehmen (KMU) beteiligt.

#### Zur Person

Paul Rentsch wuchs in Feuerthalen am Rhein auf. Nach der Lehre als Maschinenbauzeichner besuchte er in Zürich die Abendschule und schloss als dipl. Ing. HTL ab. 1978 kehrte er der Schweiz den Rücken und liess sich in Teheran nieder. Aufgrund der Revolution verliess er das Land wieder und zog weiter nach Venezuela, wo er eine Mannesmann-Rexoth Gesellschaft leitete. Zum Schulanfang einer seiner Töchter kam Paul Rentsch 1985 mit der Familie in die Schweiz zurück. In Biel (BE) gründete er die Paul Rentsch Fluidtechnik AG. Die Firma

#### 1. FAIRCONOMY-Schreibwettbewerb:

# Die Wirtschaft muss wachsen. Warum?

Die Aufgabe der Nachwuchsautoren war knifflig. Es galt, einen Ausweg aus der Zwickmühle des Wirtschaftswachstums aufzuzeigen und eine Welt zu beschreiben, in der die Wirtschaft wachsen kann, aber nicht muss. Eine Premiere, die vielversprechende Potenziale bei der INWO-Nachwuchsarbeit aufzeigt.

Mit grossem Aufwand sorgte der federführende Felix Spira von der AG Jugendprojekte der INWO für einen gelungenen Ablauf des ersten FAIRCONOMY-Schreibwettbewerbs. An der Premiere beteiligten sich Autoren aus Deutschland, Österreich und Belgien. Insgesamt reichten 16 Teilnehmer im Alter von 13 bis 26 Jahren ihre Beiträge ein.

Nach der etwa halbjährigen Wettbewerbsphase war ab Juli die Jury an der Reihe. Nach intensiver Beratung kamen die Juroren zu einem eher durchwachsenen Ergebnis. Als sehr erfreulich wurde vermerkt, dass sich die Teilnehmenden Gedanken um Gegenwart und Zukunft der Welt machen. Aus nahezu allen Einsendungen ging hervor, dass die Autoren soziales Engagement und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen für dringend notwendig halten. Offenbar hatten jedoch nur die wenigsten Autoren Gelegenheit, vor dem Schreiben ihrer Beiträge die Informationen der INWO zu studieren, die eine Alternative zum Wachstumswahn aufzeigen. Um diesen Nachholbedarf auszugleichen erhalten alle Autoren ein Jahresabo der INWO-Zeitschrift, eine einführende Broschüre und einen Gutschein für den INWO-Shop. Nach zahlreichen Anregungen laufen bereits die Planungen für eine Neuauflage des Schreibwettbewerbs im kommenden Jahr.

Danke an den diesjährigen Organisator Felix Spira, die Jurymitglieder und alle Teilnehmer!

**Die folgenden Auszüge spiegeln die Vielfalt der Ideen und Ansätze beim 1. FAIRCONOMY-Schreibwettbewerb wieder.**

Gut gefallen hat der Jury beispielsweise der Text mit dem Titel „Wachstum, Zwänge und Glück“, der darauf eingeht, dass Glück und materieller Wohlstand nicht gleichbedeutend sind und dass ein Zeit-Wohlstand mehr wert sein kann.

„Ich glaube, ein solches Wirtschaftssystem, das uns dient und uns Raum zur Entfaltung lässt, würde den tiefsten Wünschen der Menschen eher entsprechen als ein sinnleeres System, das uns mit seinen Geldzwängen beherrscht und beengt. Der materielle Wohlstand vieler bislang reicher Menschen würde bei dem Übergang in ein solches System zwar sinken, doch hat man erst einmal verstanden, dass Glück und materieller Reichtum nicht dasselbe sind, dann erscheint dieser Sachverhalt nicht unbedingt als problematisch. Die Bereicherung, die ein solches System uns bieten würde, ist nicht materieller Art. Sie ist nicht im Wirtschaftswachstum zu suchen. Sie liegt vielmehr im Zeitwohlstand und der damit verbundenen Chance auf ein geistiges, kulturelles und soziales Wachstum der Menschen.“

Ein anderer Text klang dagegen weniger visionär und optimistisch, weil offensichtlich die Ansätze der FAIRCONOMY noch nicht bekannt genug sind.



„Gibt es überhaupt eine Lösung, um aus dieser Krise heraus zu kommen? Wahrscheinlich nicht. Wir werden abwarten müssen, bis in tausenden Jahren die Welt ‚untergehen‘ wird, wenn die Bevölkerungszahl ein solch extremes Gewicht ausmachen wird, dass die Erde überlastet sein und stürzen wird, ewig, ...“

Ein Text mit dem Titel „Quantensprung“ enthält Interviews aus zwei Parallelwelten, wobei in einer eine Geldsteuer mit vielen positiven Auswirkungen eingeführt wurde.

„Am Anfang gab es schon Probleme. Eigentlich ist die Geldsteuer ja kein großes Ding, aber in Wirklichkeit trägt sie zumindest den Anspruch in sich, einiges zu verändern. Und große Veränderungen führen ganz selbstverständlich zu großer Kritik. (...) Es gab einen richtigen Aufschwung, und immer weniger Menschen waren arbeitslos. Wir erhöhten nach diesen sichtlichen Erfolgen schrittweise die Quote zwischen der neuen und der alten Währung, bis schließlich alles Geld umgetauscht war und das neue Geld das einzige offizielle Zahlungsmittel im Staatsgebiet war.“

Weitere Textauszüge und aktuelle Informationen gibt es unter <http://www.INWO.de/> Schreibwettbewerb.



# Der Asterix aus dem Schwabenland

Während alle Volks- und Raiffeisenbanken in Großverbänden aufgegangen sind, bleibt der Banker Fritz Vogt den Idealen des Bankgründers Raiffeisen treu. Der mittlerweile 77jährige ist überzeugt: „So kann's net weitergehen. Der Kapitalismus kennt nur Profite, ohne Rücksicht auf die Menschen.“ Sich selbst bezeichnet er als wahrscheinlich einzigen antikapitalistischen Banker Deutschlands.

Ganz Deutschland wird vom Kapital beherrscht. Ganz Deutschland? In dem kleinen Ort Gammesfeld in den malerischen Hügeln der Hohenlohe bei Rothenburg ob der Tauber leistet ein aufrechter Raiffeisenbanker erbitterten Widerstand. In seinem 530 Einwohner zählenden Dorf betreibt er seit langem die kleinste Bank Deutschlands.

Das Haus, in dem sich die 1890 gegründete Raiffeisenbank von Gammesfeld befindet, ist seit über fünfzig Jahren ein genossenschaftliches Bedarfslager mit integrierter Bank. Überhaupt ist hier alles sehr funktional eingerichtet und atmet den Chic der 60er Jahre. Es gibt keinen Geldautomat, keinen Kontoauszugdrucker, nicht mal ein Fax oder einen Computer. Für Fritz Vogt sind Computer zwar nützlich, allerdings nur in der Raumfahrt. Im einzigen Raum der Bank stehen dafür eine Schreibmaschine Typ Erika, eine ratternde Thales-Rechenmaschine, ein graues Telefon

mit Wählscheibe, zwei Tresore und die Kienzle, eine Buchungsmaschine von 1968 – die letzte Anschaffung bis zum heutigen Tag.

Alle Bankvorgänge werden noch per Handeintrag erledigt und zur Post gebracht. Den Rest machen die Großbanken dann elektronisch. Die Abwicklung sämtlicher Tätigkeiten erfolgt an drei verschiedenen Schreibtischen für die Sekretärin, den Vorstand und den Buchhalter und am Schalter für die Auszahlung.

Die Person auf den verschiedenen Posten heißt jedes Mal Fritz Vogt, eine quasi multiple Persönlichkeit. Das spart vor allem Kosten. Und bei aller Nostalgie geht es Vogt immer um die Sache: „Wir müssen uns entscheiden: Selbstständigkeit oder Modernität.“ Schließlich funktioniert eine Bank im Prinzip ganz einfach: „Einer hat Geld, der bringt's, einer braucht Geld, der holt's. Mehr braucht man nicht.“

## Das Raiffeisenprinzip

Schon lange vor der Gründung einer globalisierungskritischen Organisation wie Attac hat Fritz Vogt erkannt, dass die Region zugunsten der Globalisierung des Geldes vernachlässigt wird. „Je länger unsere Demokratie besteht, desto mehr geht die Macht vom Kapital aus.“ Dagegen hält er die Maxime des

Bankgründers Raiffeisen: „Geld muß dienen, nicht herrschen.“

Friedrich Wilhelm Raiffeisen, Bürgermeister im Westerwald, verteilte im Hungerwinter 1846/47 Mehl und Brot an die Armen – aus einem Fonds, den die reichen Bauern aufgefüllt hatten. So entstand die Hilfe zur Selbsthilfe. Fast zeitgleich gründete Hermann Schulze-Delitzsch in Sachsen die erste Volksbank, eine Darlehenskasse für Handwerker. Heute werden in Gammesfeld lokale Kleinkredite vergeben, vergleichbar mit der Grameenbank von Friedensnobelpreisträger Mohammed Yunus, nur zu viel günstigeren Konditionen.

Ein wesentlicher Teil der Raiffeisen-Idee ist das Regionalprinzip. „Die Genossenschaft darf nicht größer sein als ein Kirchspiel.“ Das hat bis 1970 gegolten. Man müsse zwar global denken, sollte aber lokal handeln. Der zu beobachtende Zentralismus führt für Vogt dazu, dass das Genossenschaftswesen irgendwann „von Chicago aus“ geführt wird. Letztlich gehe es um das Demokratieverständnis. Und dieses sei den VR-Banken abhanden gekommen, auch wenn die Werbung anderes verspricht.

Die Bevölkerung von Gammesfeld steht hinter ihrer Bank, die liebevoll das „Kässle“ genannt wird. Sowohl für die Verwaltung als auch für die Kundschaft ist es wichtig, die Selbstständigkeit des Ortes zu erhalten, damit sich Handwerker und Bauern immer günstiges Geld verschaffen können. Denn im Gegensatz zu den Großbanken hat Vogt das Raiffeisen-Prinzip fast vollständig bewahrt: Fast jeder, der ein Konto hat, ist Mitglied. Jeder Kunde ist gleich viel wert und bekommt auch die gleichen Konditionen. Kredite werden nur an

Mitglieder ausgegeben. Und Mitglied werden kann nur, wer vor Ort wohnt. Bis 1970 wurden nicht einmal Kunden aus dem Nachbardorf zugelassen.

Dadurch ist dem Fritz praktisch jeder Kunde bekannt, viele von ihnen hat er schon in den Windeln liegen sehen. Der unbestreitbare Vorteil: keine faulen Kredite, keine Ausfälle, keine Wertbereinigung. In der gesamten Geschichte der Bank ist bisher nur ein einziges Mal ein Kredit nicht zurückgezahlt worden, „und das war ein Zugezogener und Betrüger.“

Für die nötige soziale Kontrolle bei der Kreditvergabe sorgt ein achtköpfiges Gremium aus dem Dorf, das interessanterweise keine einzige Frau beinhaltet. Aber auch das ist reine Formsache, denn „es kommt sowieso keiner, der keinen Kredit kriegt.“

Weil die Region um Gammesfeld als strukturschwache Gegend gilt, wird nur ein Drittel der Einlagen als Kredit vergeben. Mit dem Geld der kleinen Bank konnten aber auch schon solch moderne Projekte wie Fotovoltaikanlagen für Hausdächer finanziert werden, in jüngster Zeit sogar schwerpunktmäßig.

Für die Eröffnung eines Kontos braucht Fritz Vogt keine Werbung zu machen. Die Einheimischen haben bereits alle ein Konto, die Zugezogenen kommen früher oder später von allein, wenn sie die günstigen Konditionen sehen. Und die können sich sehen lassen.

## Die Konditionen

Die Genossenschaftsbank gehört ihren Mitgliedern, das sind 270 Gammesfelder. Für jeden gibt es ein gebührenfreies Girokonto. Ganze 3,0 % gibt es auf Spareinlagen, nur 4,0 % kostet ein Kredit. Auffällig ist, dass die Bankmarge nur ein Prozent beträgt. Mehr ist auch nicht nötig. Der Überschuss muss schließlich nur für einen Mann reichen. Fritz Vogt macht jährlich ca. 35.000 Euro Gewinn.

Der Rest sind Verwaltungskosten, die zum größten Teil an höhere Ebenen abgeführt werden müssen. Jährlich 6000 Euro an die Garantiefonds des VR-Systems. Im Prinzip ist das gut, aber es wäre nicht nötig, wenn alle so wirtschaften würden wie Fritz Vogt.

Als Bankdirektor möchte Vogt nicht bezeichnet werden, denn dann müsste er möglichst viel für sich und seine Bank einbehalten. Dies widerspricht dem Raiffeisen-Prinzip. Fritz Vogt ist quasi das Gegenteil von Josef

Ackermann. Reichlich Kritik hat er folglich für die Großbanken, die ihren Bankapparat aufgebläht haben, auf Kosten der Kunden. „Womit die Genossenschaftsbanken ihre Paläste bauen, ist alles gestohlenen Geld.“

## Banküberfall!

Wie den Großen geht es manchmal auch den Kleinen. Im Mai letzten Jahres wurde das „Kässle“ Opfer eines Banküberfalls. Der Bankräuber – kein Einheimischer, den hätte Vogt erkannt – wollte den gesamten Tresorinhalt der Bank. Nach anderthalb Stunden Verhandlung musste er sich dann mit 600 Euro begnügen, aus dem privaten Geldbeutel des Herrn Vogt, denn eins war klar: Wenn schon bezahlt werden muss, dann „nicht aus den Kundeneinlagen.“ Danach haben Vogt und seine Frau gemeinsam auf den Eindringling eingeredet, bis er abzog – und bis heute nicht gefasst wurde. Der Schock saß tief, hat aber den Banker nicht umgehauen. Nur den Tresor darf seitdem keiner mehr fotografieren.

## Kapitalismuskritik

Dass Vogt Antikapitalist ist, betont er gerne. Doch was bedeutet das für ihn genau? Sicherlich nicht Kommunismus oder Sozialismus. „Marx hat das Geld mitsamt dem Kapital über Bord geworfen.“, bedauert er. „Raiffeisen dagegen hat gezeigt, dass man den Mittelweg gehen kann.“ Auch für Gesell hat er durchaus etwas übrig, denn dieser hatte seiner Meinung nach durchaus richtige Gedanken. Geld und Kapital seien wie Nord- und Südpol: „Geld ist, was man kriegt und wieder ausgibt. Kapital ist, was spekuliert und sich selbst vermehrt.“

Näher als Silvio Gesell stehe ihm allerdings der Bertolt Brecht. Deshalb hängt auch ein Brecht-Zitat neben der Schreibmaschine: „Daß du dich wehren muß, wenn du nicht



untergehen willst, wirst du doch einsehen.“ Und Vogt musste sich ständig wehren. Seit 1976 gilt in Deutschland das Vier-Augen-Prinzip: Jede Bank muss zwei Geschäftsführer haben, die sich gegenseitig kontrollieren. Aber Vogt führt die Bank bereits in der dritten Generation allein. Das Bundesaufsichtsamt für Kreditwesen entzog ihm deshalb 1984 die Lizenz. Vogt ging vor Gericht, und es folgte ein sechsjähriger Rechtsstreit. In dieser Zeit wurde die Bank weiter betrieben. Und auch danach, denn Vogt gewann.

Mittlerweile denkt Fritz Vogt daran, sich zur Ruhe zu setzen. Nachdem lange Zeit kein Nachfolger für das „Kässle“ in Sicht war, fanden sich nun gleich sechs aussichtsreiche Kandidaten aus der Region. Einer davon, ein echter Gammesfelder, wird ab Januar 2008 die Geschäfte übernehmen. Aber auch der wird von Fritz Vogt „natürlich noch ein wenig eingewiesen.“



Theophil Wonneberger, Student der Psychologie, geboren in Berlin, BING- und INWO-Mitglied, seit 2007 aktiv bei der Spreeblüte.



# „Der Gerechtigkeit Frucht wird Friede sein“

Das war das Lebensmotto von Fritz Schwarz, einem unserer Vorgänger. 1917 übernahm er die Redaktion der „Freistatt“, der Zeitschrift des Schweizer Freiland-Freigeld-Bundes. Was brachte den jungen Lehrer dazu, sich über vier Jahrzehnte leidenschaftlich für die Geld- und Bodenreform einzusetzen?

Warum er nicht Bauer geworden ist wie alle seine Verwandten? „Das ist eine einfache Geschichte. Sie erklärt aber meine ganze Einstellung zum Leben“, schreibt Fritz Schwarz in seinen Jugenderinnerungen. Am 1. Mai 1887 im Oberthal bei Zäziwil als jüngstes von 15 Kindern einer Bauernfamilie geboren, hätte er nach dem emmentalischen Erbrecht eigentlich den elterlichen Hof übernehmen sollen.

Doch Fritz Schwarz hatte das Bauerndasein von der bitteren Seite erlebt: „Es bedeutete für uns um fünf Uhr aufstehen, strengste Arbeit bis abends acht Uhr, sehr einfaches Essen und keine Freizeit ausser am Sonntagnachmittag bis halb fünf Uhr. Hinzu kam eine Kost, die nicht durchwegs zweckmässig war und die im Winter bei mir fast immer zu Frostschäden an den Füssen führte“.

## Die Dinge verstehen wollen

Was den Jungen aus dem Kanton Bern von anderen unterschied, die sich mehr oder weniger mit ihrem Schicksal abfanden, war sein Lerneifer und sein Wille, die Dinge zu verstehen. Es quälte ihn daher sehr, dass er einmal, als seine Erfrierungen besonders schwer waren, zehn Wochen lang seine Schuhe nicht anziehen und so die Schule nicht besuchen konnte.

Aufgrund seiner besonderen Auffassungsgabe kam er früh zu der Einsicht, dass die wirtschaftlichen Zustände seine Jugend „verdüstert“, ja „vergiftet“ hatten: „Sie lehrten mich den Bauernstand und die bäuerliche Arbeit fürchten, sie haben mich krank gemacht und zur Flucht vom Hof veranlasst.“ Das habe ihn dazu geführt, „mit zwanzig Jahren Sozialist, später Freiwirtschafter und stets erbitterter

Gegner der Krisen- und Zinswirtschaft zu werden.“

Obwohl Fritz Schwarz nur die Primarschule besucht hatte, schaffte er 1903 die Aufnahme ins Lehrerseminar Hofwil. Sein dortiger Lehrer, Dr. Ernst Schneider, sollte einer seiner wichtigsten Weggefährten werden. Schneider zeichnete sich nicht nur dadurch aus, dass er den Unterrichtsstoff klar und leicht verständlich darstellen konnte. Er konnte im Gegensatz zu den anderen Lehrern auch herzlich lachen.

1905 wurde der Reformpädagoge von Regierungsrat und Friedensnobelpreisträger Charles Albert Gobat zum Direktor von Hofwil ernannt. Als Verfechter weit greifender Schulreformen und als Anhänger der Psychoanalyse Sigmund Freuds stieß Schneider jedoch bei konservativen Lehrern und Bildungspolitikern auf großen Widerstand und musste 1916 von seinem Amt zurücktreten. Er wurde zudem verdächtigt, seine Schüler zu Sozialisten zu erziehen.

## Berührung mit Gesells Ideen

Schwarz studierte, nachdem er kurze Zeit als Primarlehrer tätig gewesen war, an der Universität Bern weiter und arbeitete von 1912 bis 1919 als Sekundarlehrer in Schwarzenburg. In dieser Zeit stieß er auf Theophil Christens Schrift „Die Kaufkraft des Geldes und ihre Bedeutung für die Volkswirtschaft“ und dadurch auf Silvio Gesells 1916 in Bern veröffentlichtes Hauptwerk „Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“.



Gesell hatte seine Schlüsse aus seinen Beobachtungen als Kaufmann während der Wirtschaftskrise in Argentinien gezogen. Nach der Lektüre der beiden Schriften wurde es auch Fritz Schwarz vollends deutlich, dass Deflation und Inflation der siebziger und achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts von der Verknappung bzw. Vermehrung der Geldmenge abhängig gewesen waren. Diese Erscheinungen hatten seiner Jugendzeit einen Stempel aufgedrückt.

Aufgrund der damals sinkenden Preise war der Nachbar zahlungsunfähig geworden. Vater Schwarz hatte als dessen Bürge den verschuldeten Hof übernehmen müssen und Sohn Fritz musste, als er das Lehrerseminar besuchte, oft Schweinsblasen voller Geld- und Silbermünzen bei einem Gläubiger in Bern abliefern, während die Familie darbt. In

Gesells Vorschlägen sah Schwarz endlich eine Lösungsmöglichkeit für die sozialen Probleme.

## Ein Zentrum der Reformen

Sein damaliger Lehrer Schneider war zwischenzeitlich ebenfalls mit Gesell in Kontakt gekommen und hatte im Sommer 1915 den Freiland-Freigeld-Bund mitgegründet (1924 umbenannt in Schweizerischer Freiwirtschaftsbund, SFB). Bei einem Besuch veranlasste er seinen ehemaligen Schüler, die Redaktion der geplanten Zeitschrift „Freistatt“ zu übernehmen, deren erste Nummer am 5. Januar 1917 erschien.

Schneider und Schwarz taten sich zusammen und gründeten 1918 in Bern das Pestalozzi-Fellenberg-Haus, in dem nicht nur der Freiland-Freigeld-Bund seine Geschäftsstelle hatte, sondern auch die neu gegründete Schweizerische Pädagogische Gesellschaft. 1919 gab Fritz Schwarz sogar seine sichere Stelle als Lehrer auf, um Geschäftsführer des Kurs- und Verlagszentrums zu werden und die Anliegen der beiden Vereinigungen voranzutreiben. Als Ernst Schneider 1920 eine Professur in Riga antrat, trug Schwarz das reformerische Erbe Schneiders weiter und übernahm neben der „Freistatt“ auch noch die Redaktion der Zeitschrift „Die Schulreform“. Ab Mitte der zwanziger Jahre war die Adresse Schwarztorstraße 76 in Bern das Zentrum nicht nur der Freiwirtschaft und Schulreform, sondern auch der Berner Abstinenzvereine, der Liga für Menschenrechte und des Coué-Instituts.

## Unkonventioneller Verleger

Im Verlag des Pestalozzi-Fellenberg-Hauses erschienen Titel wie „Morgan – der ungekrönte König der Welt“ (3. Aufl. 1927), worin Schwarz die beiden Wirtschaftsgiganten Morgan und Rockefeller beschuldigt, die Börsenpanik des Jahres 1907 absichtlich inszeniert zu haben; „Hundert Einwände und Bedenken gegen Freiland-Freigeld“ (1924), worin er alle ihm bekannten Einwände zusammentrug und beantwortete; „Kampf der Krise und der Arbeitslosigkeit: Droht eine neuer Krieg?“ (1938) und auch Schwarz' Hauptwerk „Segen und Fluch des Geldes in der Geschichte der Völker“ (1925), eine umfassende monetärhistorische Studie.

Es wurden hier aber auch pädagogische und andere Schriften verlegt. So war es dem Idealismus von Fritz Schwarz zu verdanken, dass der schweizerische Journalist, Satiriker und Schriftsteller Carl Albert Loosli auch weiterhin gegen die Mächtigen im Staat anschreiben

konnte, um Armut, Elend und eine entmündigende Sozialpolitik anzuprangern, als er nach einem provokanten Angriff auf die Literaturkritik seiner Zeit von selbiger mit einem Bann belegt wurde.

## Erfolge in den Dreißigern

Neben den eigenen Verlagspublikationen bemühte sich Fritz Schwarz auch, die geld- und bodentheoretischen Überlegungen in anderen Medien unterzubringen, insbesondere bei den Sozialisten. Bis 1921 hatte er selbst 15 Jahre lang der Sozialdemokratischen Partei angehört. Einer seiner früheren Mitschüler im Lehrerseminar, Ernst Nobs, war Redakteur des Zürcher SP-Blattes. Doch auch solche persönlichen Bekanntschaften führten nicht immer zum Erfolg. Während der Weltwirtschaftskrise verschärfte sich die Konkurrenz zwischen Sozialisten und Freiwirten noch, statt die gemeinsamen Anliegen in den Vordergrund zu stellen. Die Freiwirtschafter gewannen mit ihrer Kritik an der Deflationspolitik und der Goldwährung eine durchaus beachtliche Anhängerschaft. Der SFB konnte seine Aktivitäten insbesondere auf den Kanton Basel ausdehnen und hielt dort 1932/33 Volksversammlungen mit über 1.000 Teilnehmern ab. Die Mitgliederzahl des SFB stieg von 1.000 im Jahre 1933 auf 3.000 im Jahre 1935, die Zahl seiner Ortsgruppen sogar von 15 auf 150. Den Sozialdemokraten und Kommunisten, die ihrerseits die Arbeiterschaft für die Ideen der Verstaatlichung und Planwirtschaft gewinnen wollten, waren die Erfolge der freiheitlich ausgerichteten Freiwirtschafter ein Dorn im Auge.

## Praktische Geldexperimente

Die Freiwirtschafter haben mit dem „Experiment von Wörgl“ in Österreich vorgemacht, wie ein umlaufgesichertes Geld in einer allgemeinen deflationären Krise vor Ort die Wirtschaft beleben und die Arbeitslosigkeit abbauen kann. Fritz Schwarz hat das Vorhaben des Wörgler Bürgermeisters Unterguggenberger nach Kräften unterstützt und es ist sicherlich auch ihm zu verdanken, dass Wörgl bis heute unvergessen blieb.

1951 widmete er dem Wörgler Experiment ein Buch, das



immer wieder neu aufgelegt wurde (zuletzt 2006). Er glaubte, dass Österreich nicht dem Nationalsozialismus zum Opfer gefallen wäre, wenn man seinerzeit das Experiment von Wörgl auf das ganze Land ausgeweitet hätte, statt es zu verbieten.

## Frieden durch Gerechtigkeit

Fritz Schwarz hat immer den Zusammenhang zwischen ungerechten wirtschaftlichen Verhältnissen und der Kriegsgefahr betont. In seiner kurz vor seinem Tode gehaltenen Laienpredigt „Der Christ und das Geld“ beschreibt er es als Aufgabe, darauf zu achten, nicht Verhältnisse zu schaffen, die den Menschen zum Dieb oder zum Mörder machen können. Es sei Christenpflicht, „die menschlichen Einrichtungen, die institutionellen Faktoren so zu gestalten und zu verbessern, dass sie niemand von sich aus zum Bösen verführen.“

Da das Zinsverbot im Islam im Gegensatz zum Christentum noch nicht völlig in Vergessenheit geraten sei, könne man sich gelegentlich fast fragen, ob die Welt vom Osten her vom Mammon befreit werden müsse, oder ob der Westen sich noch rechtzeitig besinne, so Schwarz.



## Politisches Wirken

Durch sein Wirken, seine unzähligen Vorträge und als Autor und Redakteur hatte sich Fritz Schwarz bereits Mitte der dreißiger Jahre einen Namen gemacht. Sein wichtigstes Sprachrohr war „Die freiwirtschaftliche Zeitung“, die Anfang der zwanziger Jahre aus der „Freistatt“ hervorgegangen war und ab November 1934 sogar zweimal wöchentlich erschien. Ihre Abonnentenzahl konnte auf 4.000 erhöht werden. Von 1941 bis 1957 erschien das Blatt dann als Wochenzeitung „Freies Volk“.

1934 führte Schwarz die freiwirtschaftliche Liste bei den Wahlen zum bernischen Kantonsparlament an und erhielt mit 4,9% der Wählerstimmen einen Sitz. Zwei Jahre später, 1936, erfolgte zudem seine Wahl in den Berner Stadtrat. Als Politiker setzte er sich nicht





Kaufkraft des Geldes gefährden könnte, die Noten oder Münzsorten, die gehamstert werden, oder sämtliche Noten oder Münzen ungültig zu erklären und sie zum Umtausch innert einer Frist von acht Tagen aufzurufen, wobei eine Umtauschgebühr von höchstens 10% des Nennwertes erhoben werden kann. – Der Bundesrat erläßt die nähern Vorschriften über Aufruf und Umtausch.“

### Liberalsozialistische Volksinitiative

1951 lancierten die Liberalsozialisten außerdem eine Volksinitiative zur „Sicherstellung der Kaufkraft und Vollbeschäftigung“, die sog. „Kaufkraftinitiative“. Dazu reichten sie 89.000 Unterschriften ein. Man wollte damit die Geldordnung in der Schweiz auf eine neue Grundlage stellen. Die Nationalbank sollte – losgelöst

vom Gold – die Aufgabe erhalten, den Geldumlauf an die Wirtschaftsleistung anzugleichen, so dass die Kaufkraft erhalten bleibe und Vollbeschäftigung herrsche. Allerdings unterlag diese Initiative bei der Abstimmung im April 1951 mit 620.993 Nein- gegen 88.839 Ja-Stimmen.

### Neu aufgelegte Bücher von Fritz Schwarz:

- Das Experiment von Wörgl. Synergia Verlag, Neuaufl. 2006, 89 S., 10.01 € (erhältlich bei der INWO)
- Vorwärts zur festen Kaufkraft des Geldes und zur zinsbefreiten Wirtschaft. Synergia-Verlag, Neuaufl. 2007, 76 S., ISBN: 978-3-940392-01-5, 10.01 €
- Der Christ und das Geld. Synergia-Verlag, Neuaufl. 2007, 52 S., ISBN: 978-3-940392-00-8, 10.01 €

### Bücher über Fritz Schwarz:

- Werner Schmid: Fritz Schwarz – Lebensbild eines Volksfreundes. Bern: Verlag der Liberalsozialistischen Partei der Schweiz, 1973.
- Hans Hoffmann: Fritz Schwarz – Denkschrift zu seinem 100. Geburtstag. Zum Nachdenken und Überdenken, Bern: Liberalsozialistische Partei der Schweiz, 1987.

nur für eine Geldreform und ein modernes Bodenrecht ein, sondern zum Beispiel auch für das Frauenstimmrecht.

Doch auch in der Schweiz gab es Bedenken gegen eine Politisierung des Freiwirtschaftsbundes. Trotz eines knappen Mehrheitsbeschlusses im Sommer 1941, aus dem SFB eine politische Partei zu machen, wurde dieses Vorhaben bis auf die Nachkriegszeit verschoben. Erst 1946 wandelte sich der Freiwirtschaftsbund in die Liberalsozialistische Partei der Schweiz (LSP) um. Eine Abspaltung blieb als Freiwirtschaftliche Bewegung bestehen.

Fritz Schwarz war auch an der Gründung der Internationalen Freiwirtschaftlichen Union (IFU) beteiligt, die Pfingsten 1948 anlässlich einer internationalen Tagung beschlossen wurde. Ihr erster Präsident war der Basler Architekt Hans Bernoulli. Fritz Schwarz übernahm zunächst den Posten des Schatzmeisters. Von 1954 bis 1957 war Fritz Schwarz Präsident der IFU.

Im Oktober 1948 unterbreitete die Liberalsozialistische Partei dem Bundesrat einen Gesetzesvorschlag. Zur Verhinderung der Geldhortung und zur Sicherung eines ununterbrochenen Geldumlaufs sollte der Nationalbank folgende Möglichkeit eingeräumt werden: „Art. 28: Die Nationalbank ist ermächtigt, wenn sie Noten- oder Münzhortungen in einem Ausmaß feststellt, welches die feste

Der Gegenvorschlag der Bundesversammlung, die Golddeckung des Schweizerfrankens in der Bundesverfassung zu verankern, wurde mit 490.011 Ja gegen 209.717 Nein angenommen. Auch Schwarz' früherer Mitschüler Ernst Nobs, inzwischen zum SP-Bundesrat avanciert, gehörte zu den Gegnern der Kaufkraftinitiative. Er hatte die freiwirtschaftlichen Vorschläge im schweizerischen Radio in einer Art und Weise mit dem Wörgler Freigeld verquickt und dann die Diskussion abgeblockt, dass die Bevölkerung völlig in die Irre geleitet worden war.

Als Berner Großrat reichte Fritz Schwarz immer wieder Motionen mit Bezug zur Geld- und Bodenordnung ein, so zum Beispiel 1953 eine Motion zur „Verhinderung der Bodenspekulation“. Als die Konjunktur nach dem Krieg wieder anließ und die Bodenpreise rasch anstiegen, während sich das Geld entwertete, forderte er den Berner Regierungsrat auf, untersuchen zu lassen, wie der Boden im Kanton vor der Spekulation geschützt werden könne. Dabei erklärte er die Bodenspekulation nicht einfach mit dem Gesetz von Angebot und Nachfrage, sondern wies darauf hin, dass das Kapital vermehrt in den Boden gesteckt werde, weil die Zinsen aufgrund der Hochkonjunktur sanken. Durch die Wertsteigerung des Bodens erhielten die Investoren so trotz sinkender Zinsen eine hohe Rendite. Die großen Fraktionen hielten es jedoch nicht für nötig, der Ein-Mann-Fraktion Aufmerksamkeit zu schenken.

### Unvergessener Querdenker

Er blieb bis zu seinem Todesjahr in der Politik, stand jedoch als politischer Querdenker meist auf verlorenem Posten. Dennoch war er für sein engagiertes, ehrliches und tolerantes Auftreten weithin respektiert. Fritz Schwarz starb am 17. November 1958 infolge eines Herzinfarktes. Die Wochenzeitung „Freies Volk“ ging ein, da sie nach dem Tod des langjährigen Redakteurs zu viele Abonnenten verlor. An ihre Stelle trat die Monatsschrift „Evolution“, zunächst als gemeinsames Organ der Liberalsozialistischen Partei und der Freiwirtschaftlichen Bewegung. Im Jahr 2001 wurde die traditionsreiche „evolution“ als länderübergreifendes INWO-Blatt in „r-evolution“ und in Deutschland 2005 in „FAIRCONOMY“ umbenannt.

Beate Bockting

# Die Münze Nuria – oder: Wie Geld verbindet

Mit dem Märchenroman „Die Münze Nuria“ hat Sylvia Führer, die jüngste Enkelin Silvio Gesells, erstmals für Kinder spielerisch erfahrbar gemacht, wie das Geld die Menschen verbindet. Jens Hakenes hat die Autorin zu der Entstehung des Buches und den Reaktionen darauf befragt.

> Wie sind Sie auf die Idee für Ihren Märchenroman gekommen? Gab es ein Schlüsselerlebnis?

**SF** Schon als Kind interessierte ich mich für die Idee der FAIRCONOMY, wie wir sie heute nennen. Mein Großvater Silvio Gesell war zwar 38 Jahre vor meiner Geburt verstorben; ich empfand ihn aber immer als einen hellen Stern und ich stellte schon als junges Mädchen viele Fragen zu seinen Ideen.

Ich bin später ziemlich unabhängig davon Musiklehrerin geworden, vor allem um durch Gemeinschaftserfahrungen die Kinder für ihre Zukunft zu stärken. Im Unterricht habe ich dann eines Tages mit meinen Schülern Hefte erarbeitet, die von einer „lebendigen“ Note namens „Nora“ handelten, die sich danach sehnte, ihre eigentliche Aufgabe zu verwirklichen: klingend zu werden.

Durch die Begeisterung der Kinder für diese Hefte habe ich erkannt, dass im Stilmittel Personifikation ein Schlüssel liegt, um Kindern den Zugang auch zur Funktion des Geldes zu eröffnen. Damit war die Idee zum Märchenroman „Nuria“ geboren. Als ich den Namen wählte, ahnte ich noch nicht, dass „Nuria“ so genau auf meine Heldin gemünzt ist, als wäre dieser Name für sie erfunden worden! Auf einer spanischen Internetseite habe ich dann nämlich die genaue Bedeutung von „Nuria“ entdeckt – sie ist nachzulesen auf der letzten Seite des Buches.

> Wie hat sich denn aus der groben Idee die fertige Geschichte entwickelt?

**SF** Ich hatte beim Schreiben immer wieder Kontakt mit meiner Zielgruppe. Von Anfang an habe ich in Schulklassen vorgelesen. Die

Kinder dort haben von sich aus begonnen, den Münzen weitere Lebensmerkmale hinzuzudichten. Von ihnen kamen die Ideen, dass die Münzen als „Kinder“ in der Münzen-Schule nachts in einem Sammlerbuch schlafen und dass ihr Lehrer Goldmund aus antiken Münzen gebastelt worden ist, und auch dass die Münzen beim Rollen lenken können.

Damit wurde meine Hauptfigur



immer lebendiger und dies hilft den Kindern dabei, sich

auf altersgemäße Weise vorzustellen, dass das Geld eine wichtige Funktion hat. Man kann diese Aufgabe sogar mit einem „Beruf“ vergleichen, dem die Münze nachgeht, und es so den Kindern verständlich machen.

> An einer Stelle lassen Sie die Münze Nuria sagen: „Wenn ich nicht umlaufen kann, werde ich mit der Zeit müde und traurig.“ Das klingt tatsächlich sehr lebendig, ja fast schon menschlich. Macht es denn aus Ihrer Sicht Sinn, die Idee der FAIRCONOMY auch den Erwachsenen auf eine solche Art und Weise näher zu bringen?

**SF** Auf jeden Fall. Solange wir Geld nur als Mittel ansehen, um selber noch mehr Geld zu bekommen, bleibt jeder von uns in seiner egozentrischen Perspektive gefangen.

Das tatsächlich Lebendige des Geldes kommt dann nicht zum Tragen. Stellen wir aber fest, dass umlaufendes oder fließendes Geld die Menschen miteinander verbindet, wird es wahrgenommen als ein Transportmittel in einem lebendigen Kreislauf.

> Diese Verbindung der Menschen durch Geld macht die Münze Nuria in Ihrer Erzählung nicht nur den Kindern deutlich.





Sylvia Führer (re.) nach einer Lesung von „Die Münze Nuria“

stream der heutigen Kinderliteratur, der den Kindern zurzeit entweder eine trostlose oder eine magisch-überhöhte Welt präsentiert. Echte Nahrung für ihre Zukunft wird den Kindern nur in traditioneller Form durch bewährte Themen wie Freundschaft oder Anregungen zur Fantasie angeboten. Diese spielen in meinem Buch auch eine

Rolle – aber eben nicht die einzige.

> Welche Rückmeldungen gab es denn zu Ihrem Buch?

**SF** Ich habe viele E-Mails von Eltern bekommen, mit sehr unterschiedlichen, aber fast ausschließlich positiven Reaktionen – beispielsweise Folgendes: „Mein Sohn sieht sich in dem Buch bestätigt. Auch ich bekam beim Lesen das Gefühl, dass die Welt der Kinder und des gesunden Menschenverstandes sich durchsetzen wird gegenüber den kalten Formen der aktuellen Wirtschaft.“; „Dieses Buch ist ein starkes Signal, dass noch nicht alles verloren ist; es zeigt auf liebevolle Art, wie durch Erlernen und Erleben sich die Welt verändern lässt.“; „Bei uns haben alle ‚Nuria‘ gelesen: von der Oma bis zum Kleinsten.“; „Es ist so toll, sich das konkret vorzustellen: Das Geld ‚will‘ kein Machtinstrument mehr sein, sondern Verbindung unter den Menschen!“

> Fragen denn die Eltern auch nach konkreten Lösungsansätzen im Sinne Nurias?

**SF** Einige sehen Nurias Vision zunächst als Utopie an oder meinen, dass das einfach nur mein ganz persönlicher Traum ist. Ich habe den Eindruck, viele gehen davon aus, dass unsere Wirtschafts- und Arbeitswelt zwangsläufig so bleiben muss, wie sie ist – oder es in Zukunft sogar noch mehr Konkurrenzkampf geben wird und ihre Kinder somit wohl oder übel lernen müssen, ihre Ellenbogen einzusetzen.

Ganz anders sieht es aus, sobald sie erfahren, dass es mit der Idee der FAIRCONOMY eine Alternative mit Aussicht auf Erfolg gibt. Dann sind viele Eltern richtig motiviert, sich auf Erwachseneniveau mit der Thematik zu beschäftigen und dankbar für Hinweise auf Organisationen wie die INWO.

**SF** Ja, ihr gelingt es letztlich, einen Erwachsenen aus seiner Unfähigkeit herauszureißen, die Stimme des lebendigen Geldes zu vernahmen. Das ist für so eine winzige Person schon eine Heldentat. Damit ist die Einsicht gemeint, Geld als ein Mittel zur Entwicklung sozialer Zusammenhänge zu begreifen.

> Sie haben von der Idee für die Geschichte und vom Schreiben mit Hilfe der Ideen von Kindern berichtet. Wie lange haben Sie denn insgesamt an der „Münze Nuria“ gearbeitet?

**SF** Ich habe ein Jahr gebraucht, um die Geschichte zu schreiben. Ein weiteres Jahr war erforderlich, um mit Verlegern zu verhandeln und für die Produktion, also um die Illustrationen und das Layout anzuleiten.

> Nun sind ja schon einige Monate vergangen, seit „Nuria“ erschienen ist. Wie wurde Ihr Buch denn angenommen? Wie hat es sich bisher verkauft?

**SF** Die meisten Eltern, denen ich das Buch zeige, fangen gleich an, darin zu lesen, finden es spannend, und sie entscheiden sich für einen Kauf. Das Buch hat außerdem ja nicht nur Kinder als Zielgruppe, sondern eine viel größere. Sie umfasst auch Erwachsene, die spüren, dass Leben mehr sein kann, als sich der wachsenden Geldgier unserer Gesellschaft anzupassen. Ein guter Weg für die Verbreitung von nun schon 900 Exemplaren waren bisher Lesungen, private Feste sowie Empfehlungen durch Freunde und Gleichgesinnte.

Außer bei mir in der Umgebung konnte ich noch keine Buchhändler dafür gewinnen, „Nuria“ in ihr festes Sortiment aufzunehmen. In den meisten Buchhandlungen gibt es in der Regel vor allem Angebote aus dem Main-

> Ist denn eine Fortsetzung oder ein neues Buch geplant oder schreiben Sie schon daran?

**SF** Zunächst einmal werde ich meine Zweisprachigkeit nutzen, um eine „Nuria“ für Spanien und Südamerika zu verfassen – es ist noch offen, ob als Übersetzung oder sogar angepasst an die kulturellen Besonderheiten. Ein nächster Band der „Nuria“ für den deutschsprachigen Raum könnte folgen. Zunächst einmal ist aber hier der Verkauf der verbleibenden 2000 Exemplare der ersten Auflage angesagt. Für jede Mundpropaganda und Idee zur Verbreitung bin ich dankbar, denn es handelt sich um ein für mich sehr aufwändiges Ehrenamt.

Kontakt: <http://www.sylvia-fuehrer.de>,  
Telefon: +49 7633 9231251

Sylvia Führer: Die Münze Nuria. Froh & Frei Verlag 2007, 111 Seiten, 14.90 Euro (im INWO-Shop erhältlich – für Lieferanschriften in Deutschland versandkostenfrei).

#### Lesungen mit der Münze Nuria

Mit dem Märchenroman für Jung und Alt können viele Menschen angesprochen werden, die bisher noch nichts von der INWO und ihren Lösungsvorschlägen gehört haben. In Zusammenarbeit mit der INWO ist Buchautorin Sylvia Führer gerne bereit, vor Publikum aus ihrem Buch vorzulesen und Fragen rund um „Die Münze Nuria“ zu beantworten. Als Pädagogin bringt sie dazu alle nötigen Voraussetzungen und reichlich Erfahrung mit.

Die Lesungen sind geeignet, gerne auch mit Vorlesern aus der Region, für Veranstaltungen von INWO-Regionalgruppen, Schulklassen oder anderen Kindergruppen. Wer daran interessiert ist oder Kontakte zu Lehrern, Gruppenleitern oder tatkräftigen Eltern hat, ist herzlich eingeladen, sich an Sylvia Führer zu wenden. Die INWO unterstützt die Lesungen organisatorisch und finanziell.

Sinnvoll wäre es, nach der Märchenlesung auf ein Treffen oder eine demnächst folgende Veranstaltung „nur für Erwachsene“ hinzuweisen – beispielsweise Vortrag oder Lesung zum Buch „Das Märchen vom guten Zins“ von Klaus Popp.

## Informieren, bestellen, Mitglied werden!

Name  Straße & Hausnummer

Postleitzahl & Ort  Telefon & E-Mail-Adresse

Per Fax an: (095 02) 92 48 10 oder per Post an:

### INWO Versand Sambach 180

#### 96178 Pommersfelden

#### Ich möchte förderndes Mitglied der INWO e.V. werden!

Der reguläre Beitrag beträgt monatlich 4 € und beinhaltet das Abo der Zeitschrift „FAIRCONOMY“.

- Ich zahle monatlich 2 € (ermäßigt nach Selbsteinschätzung).
  - Ich zahle monatlich 1 € (Bezug der Zeitschrift „FAIRCONOMY“ unter Vorbehalt).
  - Ich spende einen zusätzlichen Betrag von monatlich \_\_\_\_\_ €.
  - Ich spende zusätzlich einmalig \_\_\_\_\_ €.
- Eine Bescheinigung wird für Zuwendungen ab jährlich 200 € ausgestellt. Darunter gilt der Kontoauszug als Beleg.

- Ich bestelle ein Jahresabo der FAIRCONOMY für 10 € Versandkostenpauschale.
- Ich möchte ein kostenloses und unverbindliches Probeabo der Zeitschrift FAIRCONOMY.

- Bitte schicken Sie mir 10 kostenlose Exemplare der FAIRCONOMY Nr. 1 zum Verteilen für nur 1.50 € Versandkosten.
- Bitte senden Sie mir kostenloses Infomaterial über die INWO.
- Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Verteiler auf.

Ich bestelle folgende Materialien der INWO / Platz für Anmerkungen:

|                      |                      |
|----------------------|----------------------|
| <input type="text"/> | <input type="text"/> |
| <input type="text"/> | <input type="text"/> |
| <input type="text"/> | <input type="text"/> |

ggf. Artikelbezeichnung  ggf. Anzahl

Kosten für Verpackung und Versand: bis 10 € Bestellwert 1.50 € / ab 10 € Bestellwert frei – angegebenen Kosten für Verpackung und Versand gelten ausschließlich für Lieferanschriften in Deutschland.

Ort, Datum  Unterschrift

Ihre Daten werden elektronisch erfasst, damit wir Spendenquittungen, Rechnungen etc. ausstellen und Kontakt zu Ihnen halten können. Ihre Daten werden ausschließlich von uns oder durch unsere Beauftragten für vereinsbezogene Informations- und Werbezwecke genutzt. Wir geben keine Daten an Dritte weiter! Sie können der Speicherung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Daten widersprechen. Dazu schreiben Sie bitte an INWO Versand, Sambach 180, 96178 Pommersfelden.

Hiermit ermächtige ich die Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V., bis auf Widerruf meinen jährlichen Mitgliedsbeitrag (ab Beitrittsmonat bis Jahresende, danach jeweils im Januar für das gesamte Jahr) und die zusätzliche Spende (ggf. streichen) von meinem

Konto Nr.:  BLZ:

bei der

mittels Lastschrift abbuchen zu lassen. Wenn oben genanntes Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens der kontoführenden Bank keine Verpflichtung zur Einlösung.

Ort, Datum  Unterschrift

